

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Einget. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen von 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Just. Dr. 1898. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Weuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 26. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Weuth-Strasse 3.

Eine feste Burg des Rechts.

Das neue Reichsgerichts-Gebäude wird heute unter großem Pomp in Leipzig eröffnet. Der Feier steht mit recht das werktätige Volk lächelnd bis aus Herz gegenüber. Das Reichsgericht besteht seit dem 1. Oktober 1879 in Leipzig. Es hatte bislang provisorische Räume am Brühl inne. An dem Prachtbau, in dem Stil italienischer Renaissance gehalten, der heute "feierlich" eröffnet wird, ist seit dem Jahre 1888 gearbeitet. Ungefähr 6 Millionen hat der Prachtbau gekostet. Die Kuppel des Gebäudes — dessen Einzelheiten zu schildern hier kein Interesse vorliegt — wird von einer in Kupfer getriebenen Jussitia (Göttin der Gerechtigkeit) gekrönt.

Es wird heute viel davon gefaselt werden, daß das neue Prachtgebäude eine "feste Burg des Rechts und der Gerechtigkeit" sein soll.

Von allgemeinem Vertrauen in die Rechtsprechung des obersten deutschen Gerichts kann für weite Volkskreise erstlich nicht die Rede sein. Zwischen der Rechtsanschauung des Volks, weit hinaus über die Reichen der Sozialdemokratie, und der Rechtsprechung des Reichsgerichts gibt es eine unüberbrückbare Kluft: sie wird nicht durch Prachtbauten noch durch offizielle Reden, Loane und Kneipereien beseitigt. Sie ist bedingt durch Befetzung des Reichsgerichts mit Richtern, die nicht aus dem Volke und durch das Volk gewählt, sondern vom Bundesrath, also den Regierungen, aus der Zahl der staatsanwaltlichen Regierungs- und richterlichen Beamten ernannt sind. Daß die wissenschaftliche Qualität der meisten Mitglieder des Reichsgerichts, insbesondere auch seines derzeitigen und seines früheren Präsidenten keineswegs eine hervorragende ist, ist keinem Kamman unbekannt, der einige Bände der Entscheidungen des Reichsgerichts gelesen und sie mit solchen des früheren preussischen Obertribunals, des Reichs-Oberhandelsgerichts, des französischen Kassationshofes oder dergleichen verglichen hat. Aber selbst wenn der Bundesrath wissenschaftlich bedeutendere Elemente ernannt hätte, so wäre vielleicht die Kluft zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volkes und der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht so tief; sie bestände aber dennoch und müßte bestehen, weil sie in den Verhältnissen wurzelt.

Die höchste Aufgabe des praktischen Juristen besteht darin, Gesetz und Recht in Einklang zu bringen. Das Recht ist ein Ausdruck der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse erheben Rechtsansprüche, Gesetze, die den ökonomischen Verhältnissen entsprechen. Langsam, sehr allmählich, aber wenn man auf längere Zeitschnitte zurückgeht, doch deutlich erkennbar suchen und finden die wirtschaftlichen Bedürfnisse in Gesetzen ihren Ausdruck und setzen auch schließlich die schriftliche Fixierung ihrer Wirksamkeit durch. Die ökonomische Basis und mit ihr die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern sich, sind wandelbar, ebenso ihr ideologischer Niederschlag: das Recht und das Gesetz. Hat endlich entgegen dem Wunsch und Streben der herrschenden Minderheit ein dem Zuge und Ziele der Zeit entsprechender Rechtsanspruch Anerkennung erhalten, so ist die wirtschaftliche Entwicklung weiter, über ihn hinausgehend, vorgeschritten. Das Gesetz kommt seiner Natur nach zu spät, es drückt sein Siegel Thatsachen auf, die sich inzwischen bereits verändert haben. Es ist deshalb meist dem Fortschritt feindlich und in der Regel reaktionär. Dieser der Natur des Gesetzes entsprechende Charakter wird trefflich durch jene Worte des Mephisto ausgedrückt:

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Kuebeler.

Gleichmäßig ging der Perpendikel der Uhr, manchmal schrie der Ruckel heraus, aber nichts mehr löste die Schlafende an der Seite des Försters. Er zog sie fester an sich, als wollte er sein Kind beschützen, das jetzt kein alles auf der Welt war. Doppelt empfand er dies in der breiten Ruhe der Nacht, die ihm gar deutlich zeigte, was man heute, wo keine Gebete mehr durch das Sterbehäus hallten, auf immer hinweggetragen hatte. Ein Gefühl schwerster Bitterkeit zuckte durch sein Herz. Noch tiefer senkte er den Kopf herab und weinte die Thränen, die der Förster von Wallberg beim Begräbnis so ungen an ihm vermehrt hatte.

Als Gattl in die Erdgeschloßstube des Pfarrhauses eintrat, traf er den Benefiziaten in dem gut erhaltenen, freundlichen Räume spazieren gehend.

In der Mitte des Zimmers stand ein weißgedeckter Tisch. Eine grünbeschilderte Studirlampe brannte darauf. Neben ihr befand sich ein gefülltes Glas mit abgeschäumtem Bier. Ein blanker Teller mit gerollter Serviette, über die Messer und Gabel gekreuzt waren, und eine kleine Schüssel mit kalten Speisen standen daneben.

Der Priester drehte sich nach dem Eintretenden um und erwiderte seinen Gruß durch leichtes Kopfnicken, während er die Hände auf dem Rücken zusammenhielt.

"Sie kommen so spät? Ihr Essen steht schon seit zwei Stunden da."

Es klang gerade nicht unfreundlich, wie er das gesagt hatte.

"Ich war im Forsthaus, Herr Benefiziat."

"So?" sagte der Geistliche und nahm seine Wanderung

Es erben sich Gesetz und Rechte,
Wie eine ew'ge Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte,
Und rücken sach von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage.
Beh' Dir, daß Du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist, leider, nie die Frage."

Der Gegensatz zwischen dem wandelbaren, fortdauernd in der Entwicklung begriffenen Recht und dem starren, unbeweglichen geschriebenen Gesetz verleitet die mit der Handhabung der Gesetze Betrauten leicht, sich dem Fortschritt des Rechts feindlich entgegenzustellen. Sie schließen ihren Sinn vor der Wirklichkeit ab. Sie messen nicht das Gesetz — das Abbild der Wirklichkeit — nach dem Leben, sondern suchen das Leben und die Lebensbedürfnisse in das Gesetz einzuzwängen — gleichen einem Photographen, der das Original fälscht, weil es seiner Photographie nicht gleicht, statt zuzugeben, daß der Fehler auf seiner Seite, in der Handhabung seiner Kunst, liegen muß.

Folgt schon aus dem Grundbegriff des Rechts, daß gelehrte, dem werktätigen Leben und Lebensbedürfnissen fernstehende Richter niemals dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechend urtheilen können, so wird dieser Mißstand doppelt und dreifach dem arbeitenden Volk fühlbar.

"Juristenverstand" nennt der Jurist das Ding, mittels dessen er ein der Rechtsanschauung des Volkes ins Gesicht schlagendes Werk zusammenfälscht.

Wären Urtheile beispielsweise sonst erklärlich, die die nothwendigsten, geistlich erlaubten Befreiungen der arbeitenden Klasse in einem Strafsparagraph zwingen, die "geheime Verbindung" aus Abonnement auf eine Zeitung, die "Erpressung" aus berechtigtem Verlangen nach Lohnerhöhung, die "Aufsorderung zum U. gehoriam gegen die Gesetze" aus der Anforderung herauszuweisen, von dem Recht Gebrauch zu machen, lieber ohne Arbeit zu hungern, als zu arbeiten und zu hungern?

Dann gebührt der Thätigkeit des Reichsgerichts, daß es dem arbeitenden Volke den Zusammenhang der Interessen der besitzenden Klasse mit der Rechtsprechung deutlicher gemacht hat. Gewiß handeln die Mitglieder des Reichsgerichts nach bestem Gewissen. Aber dem Rechtsbewußtsein des Volkes widerspricht seine Rechtsprechung nur allzu oft. Hat doch ein Urtheil des Reichsgerichts das gesetzlich anerkannte, allerdings leider durchaus schuldlos gelassene Vereinigungsrecht der gewerblichen Arbeiter ein "strafrechtliches Privilegium" genannt. (Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen, Band 20, S. 70.) Hat doch ferner seit einigen Jahren das Reichsgericht die öffentliche Aufforderung, von dem in § 152 St.-O. eingeräumten Recht Gebrauch zu machen und vor Ablauf der Kündigungsfrist aus der Arbeit zu treten, als nach § 110 St.-G.-B. strafbaren Ungehorsam gegen die Gesetze bezeichnet. Hat doch gar das Reichsgericht seit 6 Jahren (d. h. seit der Zeit, seit der die besitzende Klasse versucht, durch neue Ausnahmegesetze die Arbeiter mit noch drückenderen wirtschaftlichen und politischen Fesseln zu belegen) die Drohung einem Arbeitgeber gegenüber, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, falls nicht die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligt würden, als "Erpressungsversuch" bezeichnet und die deshalb ergangenen Bestrafungen für gerechtfertigt erachtet. Bezeichnet man es doch in neuerer Zeit als "grobem Unfug", von dem Recht des § 152 der Gewerbeordnung in Jahrzehnten üblich gewesener Art Gebrauch zu machen! Dieben den Interessen der Arbeiter unglückliche Rechtsprechung des

längs der gelbgetünchten Zimmerwand wieder auf, wo in schwarzpolirtem Rahmen ein großer Kupferstich hing, der den Paps Pius IX. darstellte.

"Sie essen ja gar nicht?" fuhr er fort, als er den Lehrer unbeweglich am Tische sitzen sah.

"Ich kann heut' nicht essen, mir steht der Sinn net darnach."

"Nun gut, dann kann ich gleich mit Ihnen darüber sprechen, weshalb ich Sie kommen ließ."

Gattl sah rasch auf und suchte das Gesicht des Geistlichen.

"Der Förster Göpfert war bei mir. Sie können sich denken, warum. Sie haben ihn im Gasthaus öffentlich beleidigt."

"Weil er den Anlaß dazu 'geben hat."

"Man behauptet das Gegenheil."

Gattl zuckte die Achseln.

"Außerdem haben Sie, wie mir der Förster erzählte, das ganze Beamtenthum in gröblicher Weise beschimpft und ..."

"Das ist net wahr, das läßt der Göpfert!"

"— Und haben obendrein, was die Hauptsache ist, im Wirthshaus irreligiöse Aeußerungen gethan."

Der Ton der Rede war ein scharfer geworden, es sprach der Vorgesetzte zum Untergebenen.

Mühsam bezwang sich der Lehrer:

"Das behauptet all's der Göpfert?"

"Nicht er allein, auch der Wirth bestätigt es."

"Und was soll ich 'sagen hab'n?"

"Näher trat der Priester in den Lichtkreis der Lampe. Seine dunkeln Augen blickten streng auf den Gläsern hervor und das hable Gesicht des jugendlichen Mannes, das tiefe Falten von den Mundwinkeln über das glattrasierte Kinn hinabzog, hatte jetzt den Ausdruck völliger Unbegreiflichkeit.

"Sie haben sich über den heiligen Stand lustig gemacht, haben verächtlich über die Kirche und über die Seligkeit

Reichsgerichts ist um so erklärlicher, als das Reichsgericht seine Kindheitsjahre theilweise mit der Interpretationskunst des Sozialistengesetzes, jenes gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetzes, zugebracht und wenige Richter in seinen Strafenoten aufzuweisen hat, die nicht eine mehr oder minder lange Zeit früher als Staatsanwalt fungirt haben, keinen aber, der je die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes etwa an eigenen Körper kennen gelernt hat. Es ist demnach nicht verwunderlich, daß das Rechtsbewußtsein des arbeitenden Volkes mit dem der Mitglieder des Reichsgerichts nicht im Einklang steht.

Die heutige Eröffnungsfest der Reichsgerichts moßte auch daran, wie mit immer wachsender Macht das Reichsgericht zu Tendenzprozessen und Tendenzurtheilen gedrängt wird. Man, es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Je entfernter wir noch von der Institution wirklicher Volksgerichte sind, desto eindringlicher prägt die durch das Reichsgericht repräsentirte deutsche Rechtsprechung die Mahnung dem einzelnen Arbeiter ein: in allen seinen Angelegenheiten das Auge des Mißtrauens wach zu halten, sich mit seinen Lebensgenossen zu vereinigen und die Erreichung der politischen Macht für die Arbeiterklasse mit zu erstreben.

Politische Ueberflacht.

Berlin, 25. Oktober.

Eine Begrüßungsadresse an den Breslauer Parteitag ist uns noch nachträglich aus England zugegangen. Der Klub der "Sozialistischen Vorhut" in London (London Socialist Scouts) faßte in seiner Sitzung vom 8. Oktober einstimmig den Beschluß, folgendes Begrüßungsschreiben an den deutschen Parteitag zu schicken:

Diese Versammlung der "Sozialistischen Vorhut" Londons schickt den jetzt in Breslau zum Kongress versammelten deutschen Kameraden brüderlichen Gruß und den Ausdruck herzlichster Sympathie; sie erklärt sich mit ihnen eins in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung, und setzt in die deutschen Kameraden das Vertrauen, daß sie unerschütterlich vorangehen werden auf dem Wege der Wahrheit und des Rechts für die Sache der gesamten Menschheit.

Harry Dorrison, Vorsitzender.
Harold Greshwell, Sekretär.

Durch ein Versehen des Sekretärs wurde die Absendung verzögert.

Dank den Londoner Genossen! —

Genosse Rauch, Redakteur des sozialdemokratischen "Volkswillen" in Hannover ist wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel "Ein Kaiserwort", zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. —

Die Ersatzwahl in Meck. Nachdem der bisherige Reichstags-Abgeordnete für Meck, Dr. Haas, sein Mandat niedergelegt hat, wird von nationalliberalen Blättern behauptet, er habe Liebknecht als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Wir wissen nicht, ob das wahr ist — jedenfalls kann Liebknecht aus der Hand des Herrn Dr. Haas

gesprochen ... Lassen Sie mich nur ausreden! Ich weiß schon, was Sie sagen wollen — und weil Sie solche Gotteslästerungen begangen haben, erkläre ich Ihnen, als Ihr Volksschulinspektor, daß ich so etwas in meinem Benehmen nimmermehr dulde und deshalb entsprechende Maßnahmen treffen werde."

Ohne Uebereilung hatte der Geistliche gesprochen, keine Bestimmungen begleiteten die Worte, die er unter besonderer Betonung einiger Endsilben mit der Jungenspitze förmlich herauswarf. Dadurch bekam die Sprache etwas abgehakt Pedantisches, was durch die schneidende, scharfe Stimme noch erhöht wurde.

Der Lehrer sah aufgeregt in das Gesicht des zornigen Mannes, das sich beim Sprechen nicht im geringsten verändert hatte, als ob es gar nicht zur Sache gehörte.

"Was soll ich Ihnen darauf antworten, Hochwürden?"

"Sie sollen mir sagen, wie Sie dazu kommen, solche Reden zu führen?"

Jetzt erhob sich der Lehrer. Fast um Haupteslänge überragte er des Priesters gedrungenen Gestalt. Klein und unscheinbar, aber trohig und sicher stand der Geistliche, mit jeder Faser in die Kirche verflochten, die er gegen alle Beleidigung zu schützen verpflichtet war.

Noch einmal bezwang sich Gattl:

"Ich kann Ihnen nur antworten, Hochwürden, daß ich weder das Beamtenthum noch die Kirche verlegt hab."

"Dann erklären Sie rundweg die Aeußerungen von zwei unbescholtenen Männern für Lügen."

"Wenn diese beiden unbescholtenen Ehrenmänner so schwindeln, ganz gewiß!"

"Es steht Ihnen übel an, in solchem Ton über Leute zu reden, die keinen Grund gehabt hätten, Sie ohne genügende Ursache bei mir anzuzeigen! Auch schaffen Sie mit so leichtfertigen Beschimpfungen nicht die Thatsache aus der Welt, daß Sie eben doch das geäußert haben, was die beiden erzählten."

und anderer politischer Gegner keine Kandidatur und kein Mandat annehmen. Und bei der eigenthümlichen Lage der Verhältnisse in Metz hat er überhaupt auf die Annahme einer Kandidatur für diesen Wahlkreis verzichtet zu müssen geglaubt. —

Die Lügen entstehen. Ein hiesiges Blättchen, das durch systematische Verdächtigung der Sozialdemokratie sich zu seinem bisherigen Publikum von Börsejobbern eine Erweiterung aus den Kreisen sonstiger Ordnungsfürer zu verschaffen strebt, hat auch die Nachricht von der Anklage gegen Liebknecht mit ausgefuchtem Takt sich zu Nutzen zu machen gesucht. Zu unserm Erstaunen hießen wir in dem Schmähartikel auf folgenden Bericht über Liebknecht's angebliche Aeußerungen in Breslau:

„U. a. hat Liebknecht von einem „theils von lächerlichem Dünkel, theils von glühendem Haß erzeugtem Ausruf“ geredet.“

Wir würden es nun gar nicht der Mühe werth halten, diese durch nichts begründete Behauptung des Winkelblättchens mitzutheilen, wenn uns nicht der Zufall Aufklärung darüber verschafft hätte, auf welche Weise in den Wirklöpsen unserer Gegner solcher Unsinn entsteht. In einem andern reaktionären Blatte, das über Liebknecht herfiel, war vorher gesagt worden, Liebknecht's Rede hätte theils von lächerlichem Dünkel, theils von glühendem Haß gezeugt. Der Haß und die Sucht, unsern Genossen etwas nachzureden, das ihm schädlich werden könnte, haben dann den Schreibern jenes Winkelblättchens derart die Augen verblendet, daß sie das, was in der Liebknecht's Rede gesagt wurde, als einen Ausruf Liebknecht's selbst auffaßten und mit unanständiger Dier diele Auffassung der Deffentlichkeit übergaben, um ihn zu schädigen.

Auch ein Beitrag zum Kampf für Ordnung, Sitte und Religion! —

Die „Germania“ sollte die elässer kirchliche Presse etwas sorgfältiger lesen, da würde sie vielleicht lernen können, was sie aus dem Fall Kullmann leider nicht gelernt hat, daß es nicht angängig ist, für die Vergehen einzelner Personen ganze Parteien verantwortlich zu machen. Vor ungefähr Jahresfrist wurde, wie uns mitgeteilt wird, ein katholischer Geistlicher Schmitt, der in Hapollsweiler angeht, von der Strafkammer Colmar wegen Verurtheilung unzüchtiger Handlungen mit Mädchen unter 14 Jahren zu mehrjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt. Diese Angelegenheit wurde seitens des evangelischen Konsistorialraths Schäffer in einem im Mülhauser Blatt „Eypres“ erschienenen Artikel dieser Tage wieder berührt. Hierauf antwortet nun das in französischer Sprache erscheinende Organ des elässer Klerus, das „Journal de Colmar“, das von einem Geistlichen redigirt wird, in seiner Nr. 85 vom 24. Oktober:

„Unsererseits beschränken wir uns darauf, zu erwähnen, daß das Vorgehen eines einzelnen Menschen weder eine Körperschaft noch eine Lehre compromittiren könnte. Entweder hat der Fall von Hapollsweiler also nur die Bedeutung eines sehr bedauerlichen Einzelfalles, oder aber man müßte, um ihn gegen uns auszubringen, das bekannte Argument anwenden: Ad uno disco omnes: „Ich beurtheile sie alle nach einem einzelnen.“

Wird die „Germania“ dieses Wort aus befreundetem Munde beherzigen, oder will sie noch immer darauf hinarbeiten, daß die Zentrumsparthei für die That Kullmann's verantwortlich gemacht werden kann? —

Zum Attentat Ziegenbalg verlautet noch: Es war Ziegenbalg bekannt, daß Polizeidirektor Brettschneider sich vormittags um 11 Uhr zu einer Plenarsitzung des Rathes nach dem Rathhause begeben werde. In den Anlagen am Obstmart befindet sich eine öffentliche Bedürfnisanstalt, in welcher der Attentäter so lange wartete, bis er den Polizeidirektor kommen sah. Er trat an ihn heran, nachdem seine verzweifelte Lage darstellend. Polizeidirektor Brettschneider beschleunigte seine Schritte. Da riß Ziegenbalg einen Revolver aus der Tasche, und während der Angegriffene sich instinktiv hinter dem aufgespannten Regenschirm zu schützen suchte, feuerte der Rasende 5 Schüsse auf Brettschneider ab. Ein Vorübergehender versetzte dem Attentäter einen Schlag auf die Hand, sodas ihm der Revolver entfiel, andere Passanten stürzten sich nun auf Ziegenbalg, der sich ohne besondere Gegenwehr festnehmen ließ. Ziegenbalg behauptet, der erste Schuß, den er abgefeuert habe, sei blind gewesen. —

„Sie glauben also ohne weiteres diesen Menschen, ohne mich ihnen gegenüberzustellen?“

„Nach Ihrem ganzen seitherigen Verhalten bin ich hierzu berechtigt. Sie stecken den ganzen Tag im Forsthaus, wo keine Gottesfurcht, keine Achtung vor dem geistlichen Stande herrscht, Sie vernachlässigen Ihren Dienst — unterbrechen Sie mich nicht wieder! Soll ich Ihnen Beispiele, wie den schlechten Kirchengesang und Ihre Unaufmerksamkeit, vorhalten?“

„Und meine Schul, meine Schul?“ schrie jetzt während der Lehrer.

„Nähigen Sie sich, wenn Sie mit mir reden!“

„Sie können mir nig über meine Schul sagen,“ betonte Gattl noch heftiger.

„Ueber Ihre Schule? Seit wann ist das Ihre Schule? Haben Sie ein Recht, so zu reden? Die Schule geht mich an, das heißt die Kirche. Ich bin Ihr Vorgesetzter und habe zuerst zu urtheilen, was sich über die Schule sagen läßt.“

Gattl dachte an Anna, er dachte an seine Zukunft und schluckte gewaltsam hinunter, was er schon auf den Lippen hatte.

„Ich wiederhole es“, fuhr der Priester fort, „Ihre Pflichterfüllung läßt in allem zu wünschen übrig, und wenn Sie so fortfahren, durch Ihren Verkehr im Forsthaus Ihren Dienst zu vernachlässigen, dann werde ich Ihnen verbieten, jemals wieder dorthin zu gehen.“

„Das können Sie nicht“, sagte Gattl bestimmt.

„Machen Sie mich nicht auf das aufmerksam, was ich kann oder nicht kann. Die Folgen Ihres dortigen Verkehrs treten deutlich zu Tage an solchen Vorfällen, wie sie sich heute im Wirthshaus abgespielt haben.“

„Ich sag' Ihnen nochmal: man hat Sie belogen! Es war ein Streich, der...“

„Sparen Sie sich Ihre Erklärungen und gehen Sie jetzt zu Bett, es ist spät genug. Für heute sage ich Ihnen nur noch folgendes: Wegen Ihres unpassenden Benehmens gegen den Herrn Förster ertheile ich Ihnen hiermit einen Verweis, und was Ihre Worte über die Kirche betrifft, so wird Ihnen darüber eine andere Instanz Bescheid geben. Gute Nacht!“ (Fortsetzung folgt.)

Die Agrarier dehnen ihre Agitation auf den Westen aus. Herr v. Blöy hat in der Rheinprovinz verschiedene Reden gehalten, um die rheinischen Landwirthe für den Anschluß an den Bund zu gewinnen. Neues hat er ihnen nicht gesagt. Durch das große Mittel des Antrages Ranz und allerhand kleine Mittel soll der Landwirthschaft auf die Beine geholfen werden. Zu der gegenwärtigen Regierung hat Herr v. Blöy kein Vertrauen, aber auf den Fürsten Bismarck, den Hort und Schutz des Junkerthums, bracht er ein Hoch aus. Die Zentrumsparthei sucht sich nach Möglichkeit gegen den Konkurrenten aus dem Osten zu wehren. Das Ergebnis des Blöy-Besuches wird wohl sein, daß die Zentrumsparthei noch mehr agrarische Bilder herausstecken wird.

Die Kreuzzeitung arbeitet mittlerweile den agrarischen Zukunftsstaat weiter aus, indem sie die Anlage von Reichs-Kornspeichern empfiehlt. So eine kleine Milliarde soll dafür vermandt werden, um den Spekulantem den Getreidehandel aus den Händen zu winden.

Zum Fanatismus sucht Herr v. Puttkamer-Plauth die Agrarier anzufachen. Auf einer Versammlung der westpreussischen Landwirthe in Graubenz sagte er als Vorsitzender des Provinzialverbandes des Bundes der Landwirthe:

„Der Fanatismus will ich in Ihnen wachrufen, Sie sollen fanatische Agrarier werden! Falls die Großindustrie, der Hauptgegner, nach Ablauf der Handelsverträge den Bund der Landwirthe im Stich lasse, solle auf Schutzölle überhaupt verzichtet werden, dann sei die Eisenindustrie fertig.“

Das ist der Krieg zwischen den industriellen und den agrarischen Schutzöllnern, der da an die Wand gemalt wird. Die Herren werden sich aber wohl noch auf Kosten der Konsumenten vertragen. —

Das Militärsystem, dessen Vortheile Genosse Liebknecht im Reichstage voriges Jahr eingehend auseinandersetzt, wird im militärischen Kreise gerne von oben herab mit hinweggehendem Lächeln behandelt, als ob es sich nur um eine Lieblingsmarotte alter Achtundvierziger handelte. Um so nachhaltiger wird ein Artikel wirken, der in „Streifens“ österreichischer militärischer Zeitschrift“ aus der Feder des Lt. u. l. Oberst Vorth erscheint. Der Artikel behandelt die Frage der internationalen Abrüstung, welche er freilich verwirft, entwickelt aber als Lösung des militärischen Problems Gedanken, welche wir ganz unterschreiben können. Die Belastung der Völker durch militärische Ausgaben werde ihre Schranken erreichen, es werde die Zeit kommen, wo die Verhältnisse zu militärischen Einrichtungen zwingen und das Militärsystem mit kürzester Dienstzeit unabwendbar sein werde. Es heißt dann wörtlich:

„Bei Herabminderung der stehenden Heere im Frieden, mit der Verkürzung der Dienstzeit werden die Schulen des Landes einen großen Theil der Arbeit übernehmen müssen, die jetzt das Heer selbst leisten muß. Turnen, Fechten, Reiten, Exerciren wären dann an den Volks- und Fachschulen — unbeschadet des eigentlichen Zieles dieser Schulen zu üben. Wenn sodann auch der Bürger sein Waffenhandwerk auf Landeshauptmann und zeitweise in Gesechtsübungen freiwillig und gern pflegt, dann wird das Volk nicht nur an Mäandlichkeit gewinnen, es wird auch eine kurze militärische Dienstzeit genügen und ein großer Theil des Geldes, das jetzt der Schlagfertigkeit des Heeres geopfert werden muß, den Landesschulen gewidmet werden können.“ Unsere Offiziere weisen das Urtheil eines Laien über militärische Angelegenheiten durchweg als minderwerthig von der Hand, hier liegt das Urtheil eines Fachmannes vor und es harmonirt auffallend mit der von der Sozialdemokratie angeforderten Umänderung des heutigen Militarismus in das Militärsystem. Trotzdem daß Oberst Vorth die Einwände gegen das Militärsystem nicht aus dem Auge läßt, führt ihn doch eben seine sachmännische Bildung und die Einsicht, daß der Militarismus in seiner heutigen Form unhaltbar geworden ist, zu der natürlichen Lösung des Problems, zum Militärsystem. —

An die internationale Solidarität appelliren die französischen Genossen für die Gemäßigten und Ausgesparten von Carmaux. Das Gend ist dort arg. Laufen die Weisenern auch reichlich ein, so vertheilt sich die Summe doch unter so viel Bedürftige, daß auf die einzelnen sehr wenig kommt.

Hilfe thut noth. Von englischen Gewerkschaften ist Unterstützung in größerem Maße in Aussicht gestellt worden. Leider sind die Arbeiter der übrigen Länder jetzt selber stark in Anspruch genommen. Und auch die Deutschen, an welche die „Petite République“ sich besonders wendet, haben im Augenblick ungewöhnliche Ausgaben. Wir hoffen aber trotzdem, daß der Ruf unserer französischen Genossen nicht ungehört verhallen wird. —

Kunst und Wissenschaft.

Zu einer Operettenbühne ist seit Donnerstag das kleine Alexanderplatz-Theater umgewandelt worden. Ob zum Vortheil für die neue Direktion, muß die Zukunft lehren; im Publikum dürfte der „Fortschritt“ vorab noch ziemlich gleichgültig hingenommen werden. Denn nicht allzu sehr war die Bühne bislang im Flor, und Rosen mögen es kaum gewesen sein, auf denen der frühere Direktor dort wandelte. Dem Publikum war die Bühne in der letzten Zeit recht gleichgültig geworden und Herrn Samst, wie es schien, ebenfalls. Bei der Eröffnungsvorstellung fanden wir zu unserer Ueberraschung das Haus recht hübsch besetzt; manchen Neugierigen mochten wohl die Neumenotigen in den Wäutern über die gewaltige Pflanzerie, die im neuen Gebäude vor sich geben sollte, herangelockt haben. So schlimm war die Sache allerdings nicht. „Die Kleinen Pächter“, so heißt der französische Scherz in zwei Akten, bedeuten junge in Ansehnd erzeugene Pensionärinnen, die in ihrem Schlafralle von zwei ledigen Vertretern des starken, ihnen komischerweise unbekanntem Geschlechts, überrascht und natürlich auf dem Weg zum Baume der Erkenntniß geleitet werden. Aber auf der Bühne des Alexanderplatz-Theaters macht sich die Sache wirklich nicht so heikel, wie es nach der Inhaltsangabe den Anschein hat; es geschieht alles in ziemlichem Dezen und Schlichtheit, und am Schluß des Stückes kann sich auch in dem leichten Busen kaum eine andere Entrüstung regen, als etwa die über die Naturalität des Textdichters. Die Musik von Louis Reiney wies einige hübsche Partien auf, obne durch besondere Originalität der Melodien zu glängen. Spiel und Gesang der neuen Kräfte war überraschend gut; in den Damen Illa Paullet, Helene Milten und Minna Widetti lernten wir Künstlerinnen kennen, die an jeder größeren Operettenbühne ihren Platz ausfüllen würden. Auch das Herrenpersonal that seine Pflicht; Herr Karl Swoboda wurde bei seinem Auftreten vom Publikum aus alter Anhänglichkeit mit lebhaftem Applaus empfangen. Den „Kleinen Pächtern“ voran wurde ein Einakter von Offenbach „Nr. 66“ gegeben. Ein harmloses, niedliches Liederpiel, dem man allerdings seine dreißig Jahre anmerkte. Aber die überaus einfache Handlung füllte eine Münt voll von recht Offenbach'scher Grazie; das sind immer noch Melodien so prächtig und animirend, wie sie kein zweiter nach dem Altmeister der Operette schaffen konnte. Auch hier wußten Herr Swoboda und Fräulein Widetti, sowie Fräulein Szilassy das Publikum zu lebhaftem Beifall hinzurufen.

Die Debatte über Carmaux ist in der französischen Kammer gestern noch nicht fertig geworden; sie dauert heute noch fort, und es ist sogar fraglich, ob sie diesen Abend zu Ende kommen wird. Die Wichtigkeit der Debatte wird von allen Parteien anerkannt, und da die radikale Linke sich bereit erklärt hat, mit der sozialistischen Kammergruppe eine gemeinsame Resolution anzunehmen und zu vertreten, so ist das Ministerium Ribot in einer sehr kritischen Lage und wenn es nicht geschieht operirt, wäre ein Kabinetswechsel nicht unwahrscheinlich.

Unsere französischen Genossen haben die Bedeutung des Moments erkannt und sie sind auf dem Posten.

Parallel mit der Frage Carmaux läuft die Wahlbewegung im Departement Allier, wo an stelle des verstorbenen Thivrier ein Abgeordneter zu wählen ist. Die vereinigten Ordnungsparteien haben in der Person eines politischen Chamäleons Namens Vacher einen Kandidaten aufgestellt, der, von allen Behörden unterstützt, den Kandidaten der Sozialisten: Betang aus dem Felde schlagen soll.

So ist diese Wahl zu einer Kraftprobe zwischen der sozialistischen Partei und dem Kapitalismus, hinter dem der Klassenstaat steht, geworden.

Das Verhalten der Behörden in diesem Wahlkampf wird, ebenso wie ihr Verhalten in Carmaux, von unseren Genossen gebrautmarkt und als Waffe gegen die Feinde benützt werden.

Deutsches Reich.

— Die Reichseinnahmen aus Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen sind für das Etatsjahr 1896/97 wie folgt veranschlagt: Zölle 856 098 000 Mark gegen 848 572 000 Mark im Etat für 1895/96, Tabaksteuer 11 191 000 Mark gegen 11 831 000 Mark, Zuckersteuer 80 000 000 Mark (80 000 000) Mark, Salzsteuer 44 540 000 (43 637 000) Mark, Branntweinsteuer, und zwar Maischottisch- und Branntweinmaterialsteuer 17 970 000 (18 820 000) Mark, Verbrauchsteuer und Zuschlag dazu 99 055 000 (98 957 000) Mark, Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Bier 25 746 000 (25 608 000) Mark. Dazu kommen die Aversen für Zölle und Verbrauchssteuern, und zwar 1. solche, an denen sämtliche Bundesstaaten theilnehmen, nämlich Zölle und Tabaksteuer mit 46 000 (45 000) M., Zuckersteuer, Salzsteuer, Maischottisch- und Branntweinmaterialsteuer mit 17 810 (16 910) M., 2. solche, an denen Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Theil haben (Weinsteuer) mit 1020 (1510) M. Zusammen sind die Einnahmen aus den genannten Einnahmequellen auf 884 884 880 Mark veranschlagt, gegenüber 827 008 420 Mark im Etatsjahr für 1895/96, es ist also eine Mehreinnahme von 7 681 410 M. veranschlagt worden.

— Die Reichseinnahmen aus Stempelabgaben sind für das Etatsjahr 1896/97 wie folgt veranschlagt: Spielartenstempel 1 328 000 (1 312 000) M., Wechselstempelsteuer 7 886 000 (7 727 000) M., Stempelabgaben für Wertpapiere, Kaufgeschäfte u. Lotterieloose 51 082 000 (44 870 000) M., Statistische Gebühr 754 000 (730 000) M., zusammen 81 000 000 gegenüber 84 629 000 M. im Etatsjahr für 1895/96; die veranschlagte Mehreinnahme beträgt also 6 371 000 M. —

— Zum Denunziantenblatt niedrigster Sorte hat sich lehtin die „Konservative Korrespondenz“ entwickelt. Nachdem sie fortgesetzt die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf die sozialdemokratische Presse — noch dazu ganz überflüssigweise — zu lenken gesucht hat, benunzt sie jetzt die Ehrlichkeit Sozialen jüngerer Richtung. Die Pastoren Böhre, Raumann, Rauch, Württemberg seien auf bedauerliche Abwege gerathen. Ihre Richtung habe der Sozialdemokratie erfreuliche Ausichten auf eine mit größerem Erfolg als bisher eröffnete Revolutionirung des platten Landes eröffnet. Das Raumann'sche Organ, die „Globe“, trage dazu bei, den Massenhaß zu schüren und Unzufriedenheit zu säen. Zum Schluß empfiehlt das konservative Parteiorgan diese geistlichen Sozialisten“ der Aufmerksamkeit der Kirchenbehörde. Es werde Sache derselben sein, diese Art von Verunstältigkeit der Seelsorger besonders zu präsen. —

— Zur Strandlosh-Vollziehung in Kolberg durch die Herren v. Puttkamer Vater und Sohn wird der „Freisinnigen Zeitung“ mitgeteilt, daß das Provinzial-Schulkollegium, dessen Vorsitzender der Oberpräsident v. Puttkamer ist, das Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung in Kolberg, Gymnasialprofessor Raumann, aufgefordert hat, sein Stadtverordnetemandat niederzulegen unter Bezugnahme darauf, daß Herr Raumann die Genehmigung zur Annahme des Mandats widerrufen ertheilt worden sei. — Raumann hat zu denjenigen Stadtverordneten gehört, welche sich in der Strandloshfache dem Vertrauensvotum an den Magistrat angeschlossen haben. —

— Die Nationalliberalen im Wahlkreis Dortmund und versuchen es mit allen Mitteln, sich Wähler einzufangen und verfallen dabei in die lächerlichsten Widersprüche. Während sie getreu ihrer sonstigen Praxis es den Zentrumskräften als ein großes Verbrechen anrechnen, daß die Polen sich durch ihr Blatt „Wiardus“ für sie erklärt haben, gehen sie selbst auf den Polensang aus durch eine besondere Flugchrift, in der es heißt:

„Es gibt keinen andern Rath für euch, als sich mit der liberalen Partei zu vereinigen, welche so wis so liegen wird — weil sie die meisten Anhänger zählt. Wir wollen uns gar nicht verbreiten, weshalb ihr es thun sollt, denn euer gesunder Verstand wird euch sagen: Unsere Parole ist Gleichheit für alle — eingedenk der Worte des großen Kaisers Wilhelm, welcher sagte: „Lasset dem Volke die Religion.“ Wir werden die Bedürfnisse der katholischen Kirche berücksichtigen, so viel die Einheit und das Wohl des Staates dieses zuläßt. Also stellen wir uns alle wie ein Mann am Tage der Wahl und geben unsere Stimmen dem liberalen Kandidaten Herrn Theodor Müller auf Kupferhammer.“

Erreichen werden sie allerdings nicht viel damit, aber blamirt haben sie sich wieder einmal gründlich. Doch das sind diese nationalliberalen Mannesgeelen gewohnt. —

— Tessenborff, Leipziger Ehrenbürger. Eine Deputation des Rathes und der Stadtverordneten der Stadt Leipzig unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Georgi überreichte heute Vormittag dem Reichsgerichtspräsidenten v. Dehrlinger und dem Ober-Reichsanwalt v. Tessenborff die Ehrenbürgerbriefe der Stadt Leipzig. Tessenborff ist ein würdiger Vertreter der Leipziger Bourgeoisie. Es geschieht ihm schon ganz recht, daß er Leipziger Ehrenbürger geworden ist. Und die Leipziger Bürger haben sich dieses Ehrenbürgers würdig zu erweisen verstanden. —

München. (Privatbesuche des „Vorwärts“). Die bayerische Abgeordnetenkammer nahm heute unter dem Druck der Buchmähler Vorfälle den Antrag der Liberalen und Nationalen über die Abänderung des Forst- und Jagdgesetzes einstimmig an. Hieran schloß sich die Beratung der Anträge auf Abänderung des Bundeswahlgesetzes, die von den Sozialdemokraten (Antrag Grillenberger) und von den Bauernbündlern (Antrag Wähinger) gestellt wurden. Grillenberger fordert in einer ausgezeichneten Rede die Kammer auf, sie möge dem Volke das so lange vorenthalte Recht endlich gewähren. Auf anhängende Vorlegte er die Einwände, daß eine Verfassungsverletzung

zur Zeit der Regentenschaft unmöglich sei. Dr. Mahinger trat ebenfalls für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Landtage ein, wenn sein Antrag auch nicht so weitgehend war wie der Grillenberger's. Er betonte, daß es sich hier um eine Frage des allgemeinen Wohles handelt, denn es sei ein schreiendes Unrecht, wenn den Arbeitern noch länger ihre Rechte vorenthalten werden. Nach den Reden der Antragsteller wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Das Wollische Bureau berichtet noch:
Auch die Liberalen brachten heute einen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, einen neuen Landtagswahl-Gesetzesentwurf vorzulegen nach Analogie der Reichsverfassung, aus dem allgemeinen direkten Wahlrecht beruhend, welcher Garantien zum Schutze der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses bietet und die gerechte Vertretung auf Grund der Bevölkerungsziffer gewährleistet.

Die Liberalen scheinen somit ganz sicher zu sein, daß die Regierung jeder Verbesserung des Wahlrechts abgeneigt ist.

München, 24. Oktober. (Eig. Bericht.) Eine von den hiesigen Demokraten einberufene, von Angehörigen aller Parteien sehr zahlreich besuchte, Volksversammlung, in der Prof. Quidde referirte, nahm Stellung gegen das Verhalten der bayerischen Abgeordneten-Kammer gegenüber dem Antrag unserer Genossen bezüglich Tadelvotum in Sachen Fuchsmahl. Eine sehr scharfe Resolution gelangte zur Annahme, in der es u. a. heißt: „Der Beschluß der Kammer der Abgeordneten, daß sie nicht zuständig sei, dem Ministerium ihre Mißbilligung auszubringen, ist ein Verzicht auf ein in Gesetz und Verfassung begründetes Recht, ist eine Preisgabe der Rechte und Interessen des Volkes, dessen berufene Vertretung der Landtag sein sollte. Die Versammlung erklärt es für notwendig, daß auch unter der Regentenschaft die Verfassungsorgane und in besonderer die Geschäftsordnung der Kammer einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden. Die Versammlung spricht den wenigen Abgeordneten, die sich für Zulässigkeit eines Mißtrauensvotums wider das Ministerium ausgesprochen haben, Dank und Anerkennung, der Majorität der Kammer aber ihren entschiedensten Tadel aus. Sie erwartet, daß die Münchener Abgeordneten sich in einer allgemeinen Wählerversammlung über ihr Verhalten verantworten.“ Diese letztere Erwartung wird freilich so wenig in Erfüllung gehen, wie die seltsame, von Herrn Quidde geäußerte Hoffnung, daß es möglich sein werde, wieder einmal „mit den Liberalen Schulter an Schulter für freiheitliche Ziele zu kämpfen.“ Dem bayerischen Zentrum blüht jetzt unter seinen eigenen Gezeiten Widerspruch über sein Verhalten zum Antrag Grillenberger. Die Volkstimme hat bereits einige ultramontane Provinzialblätter, so in Landshut, Regensburg, Würzburg, gezwungen, die Haltung des Zentrum-Zentrums zum Teil sehr entschieden zu verurtheilen. — Der Sigl macht heute in seinem „Vaterland“ eine niedliche Enthüllung, er theilt mit, daß er von Seiten des Zentrums vor ca. 4 Wochen angefragt worden sei, ob er nicht Lust habe, sein Blatt an dasselbe zu verkaufen. Für so naiv zu glauben, daß es auf diese bequeme Weise den bösen Pfahl aus seinem Fleische zu entfernen könne, hätten wir selbst das bayerische Zentrum nicht gehalten. — Das kaum vier Wochen alte demokratische Blatt die „Münchener freie Presse“ hat eine neue Auflage (die dritte oder vierte) wegen Majestätsbeleidigung erhalten, wegen des der „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ entnommenen Artikels „Ein offenes Wort an den Kaiser“.

— Aus dem 7. württembergischen Reichstags-Wahlkreis. Was lange währt, wird endlich gut. Die Volkspartei hat endlich einen Kandidaten in der Person des Dekanons Schuster von Deutingen gefunden, welchen der demokratische „Beobachter“ nun als Landwirth, Mühlebesitzer und Bierbrauer präsentiert. Es heben sich somit jetzt Konservative, Antisemiten, Volkspartei und Sozialdemokratie gegenüber. Die Wahl findet, wie bereits gemeldet, am 12. November statt.

Oesterreich.

Wien, 25. Oktober. Abgeordnetenhause. In der heute fortgesetzten Debatte über das Regierungsprogramm (I. Depeschen aus Wien in der letzten Nummer) begrüßt Dr. Forregger (deutsch-national) die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Badeni, daß die Regierung die Führerrolle übernehmen wolle, mit Befriedigung. Der unparlamentarische Charakter der Regierung verlange eine objektive zuwartende Haltung. Burgkaller giebt namens des liberalen Zentrums die Erklärung ab, der Regierung Vertrauen entgegenbringen zu wollen. Dr. Steinwender erklärt, die Deutsch-Nationalen würden sich der Regierung gegenüber von sachlichen Motiven leiten lassen und würden die Aktion der Regierung niemals absichtlich erschweren.

Man erhebt hieraus, wie recht wir mit unserem Urtheile vom Niedergang des österreichischen Parlamentarismus halten.

Schweiz.

— Ueber die neue eidgenössische Militärvorlage hat das schweizerische Volk nächsten Sonntag über acht Tage — am 9. November — abzustimmen. Der bezügliche Gesetzesvorschlag, der, ohne den Charakter des schweizerischen Heeres als eines Milizheeres zu ändern, wesentlich auf eine größere Zentralisation des Wehrwesens hinausläuft, ward seiner Zeit vom Ständerath — der Kantonsvertretung — mit 90 gegen 12 und vom Nationalrath — der Volksvertretung — mit 111 gegen 9 Stimmen angenommen. Jetzt hat das Volk in Urabstimmung endgültig zu entscheiden. Ueber den Ausgang lassen sich nur Vermuthungen anstellen. Daß der Gesetzesentwurf Verbesserungen enthält, wird von keiner Seite bestritten, allein die Zentralisation, welche die Macht der Bundesgewalt auf Kosten der Kantone vermehrt, erscheint vielen als eine Bedrohung des demokratischen Prinzips.

Den deutschen Reichsbürgern aber, denen über Nacht Militärvorlagen beschert werden, rathen wir, die schweizer Bürger sich zum Muster zu nehmen, die bewirkt haben, daß ihnen kein Gesetz auferlegt werden kann, dem sie nicht vorher ihre Zustimmung gegeben haben.

Italien.

— Zur Beurtheilung der Kolonialpläne wird aus Rom berichtet: Die aus Schoa einlaufenden Nachrichten lassen den Tod Menelli's als sicher erscheinen. Im Hauptquartier des Generals Borattieri erwartet man stündlich Vertrauensmänner aus Amara, von deren Berichten die weitere Aktion abhängen wird. Die Verantrung in Schoa und Harrar soll geradezu einer Anarchie gleichen. Der Völschergeißel beider Landchaften fänden keine besonderen Schwierigkeiten mehr im Wege. Mit dieser Frage hängt eine gestern Nachmittag im Palazzo Braschi stattgehabte Unterredung Crispis mit dem Kriegeminister, dem Minister des Meeres und den Armeekommandanten von Ancona und Alexandria zusammen. Von Neapel sind gestern etwa 20 Offiziere, welche das neu errichtete Bataillon der Eingeborenen besetzen sollen, ferner 1000 Gewehre, mehrere Mitrailleusen und Gebirgsgeleise für Genie- und Fußtruppen nach Massauab abgegangen.

Spanien.

Madrid, 24. Oktober. Nach einer Drahtmeldung aus Portoriko griffen mit Messern bewaffnete Bauern die Gendarmen an; sie wurden verhaftet. Die Regierung entsendet ein Bataillon Marinetruppen zur Verstärkung der Garnison von Portoriko.

Rußland.

— Der Aktivist des Staatssekretärs des Ministeriums des Innern, Schebeko, vom Staatsdienste. Vierzehn Jahre wurde das Gesetz vom 14. August 1881 betreffend den Schutz der Staatsordnung, von

der russischen Polizei mißbraucht, nicht nur um politisch verdächtige Personen, sondern auch um Leute, welche mit der Polizei garnichts zu thun haben, zu drangsaliren. Dieses Gesetz giebt nämlich der Polizei das Recht, in Gegenden, über welche der Belagerungszustand verhängt ist, Verordnungen zu erlassen, welche eine bessere Ueberwachung des Verkehrs politisch verdächtigter Personen in Privathäusern und in Restaurationen bezwecken. Im Falle der Nichtbeachtung dieser Verordnungen kann die Polizei Geldstrafen über die Eigenthümer verhängen und Restaurationen schließen, wie auch politisch verdächtige Personen ausweisen. Diese Befugnisse mißbrauchte nun die Polizei systematisch, indem sie das Recht, Geldstrafen zu verhängen, Restaurationen zu schließen und mißliebige Personen auszuweisen in Fällen anwandte, welche mit dem Schutze der Staatsordnung nichts zu thun haben. Es wurden viele Restaurationen geschlossen wegen Verstoße gegen die Vorschriften über die Polizeistunde und es wurden aus Petersburg und anderen großen Städten massenhaft Leute ausgewiesen, welche mit der Polizei in einen Konflikt gerathen waren. Diese Maßregel traf zum Beispiel tausende Droshkenkutscher, denn diese befinden sich auch in Rußland in einem ständigen Konflikt mit der Polizei wegen deren lästigen Vorschriften. Eines der Opfer dieser polizeilichen Willkür, ein gewisser Keller, welcher zur Zeit, als Greßer Polizeipräsident von Petersburg war, unter diesem selbst als Polizeibeamter gedient hatte, später aber dessen Unzufriedenheit erregte und von ihm aus Petersburg ausgewiesen wurde, befaß die Energie, die Klage gegen seine Ausweisung durch alle Instanzen durchzuführen, bis es schließlich seinem Rechtsanwält Korobitschewsky im August dieses Jahres gelang, einen Beschluß des Staatsrathes herbeizuführen, wonach die Ausweisung von Keller für eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes „zum Schutze der Staatsordnung“ erklärt und daher rückgängig gemacht wurde.

Der Jar soll, als ihm dieser Beschluß des Staatsrathes vorgelesen wurde, seine Unzufriedenheit über den Staatssekretär des Ministeriums des Innern Schebeko geäußert haben, unter dessen Leitung der systematische Mißbrauch des Gesetzes vom 14. August 1881 zur Blüthe kam. Vollends wurde aber die antiliche Stellung von Schebeko erschüttert infolge eines Streiches des ihm untergeordneten Chefs der Moskauer Sicherheitsabtheilung Verdjajeff. Anfangs September befanden sich im Moskauer Gefängniß drei Männer und drei Frauen unter der Anklage, Egnamit und verbotene Schriften aufbewahrt zu haben. Verdjajeff berichtete nach Petersburg, er habe eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers entdeckt. Der Jar lies ihn darauf zu sich kommen, zeichnete ihn mit dem Wladimirdorden aus und schenkte ihm aus seinen eigenen Mitteln sechshundert Rubel. Kaum aber war Verdjajeff nach Moskau zurückgekehrt, so kam in Petersburg zu dem Chef des Gendarmerie-Inspektorats ein Beamter der Moskauer Gendarmerie, welche in der Staatsvertheidigung mit der Moskauer Sicherheitsabtheilung konkurriert, und theilte ihm mit, die ganze Verschwörung gegen das Leben des Jaren sei eine Erfindung des Verdjajeff, die Zeugenaussagen, auf welche dieser sich in seinem Berichte nach Petersburg stützte, seien von ihm theils durch Einschüchterung, wie auch durch Verprechung baldiger Befreiung erzwungen in Haft befindenden Personen erpreßt, theils aber einfach mit Geld erkauf. Tscherewin berichtete über diese Mittheilung sofort dem Kaiser und die von diesem sofort angeordnete Untersuchung ergab, daß thatsächlich die Verschwörung gegen den Kaiser von Verdjajeff erfunden worden war. Dieser letztere ist jetzt aus Moskau verschwunden und sein Vorgesetzter Schebeko mußte den Staatsdienst quittiren.

Türkei.

— Ueber die Situation im Reiche des Sultan liegen folgende Meldungen vor:

London, 25. Oktober. Wie der „Standard“ aus Konstantinopel meldet, bestärkt sich das Gerücht von der summarischen Hinrichtung zahlreicher Führer der jungtürkischen Partei. Aus gut unterrichteter Quelle wird hinzugefügt, die Führer seien nach einem Verhöre in ein Boot eines Kriegsschiffes geschafft und aus diesem im stärksten Strom über Bord geworfen worden. Der Muth der türkischen Revolutionäre sei durch diese Maßregel vollständig gebrochen. — Statt durch einen kaiserlichen Hott ist der Reformplan den asiatischen Gouverneuren in Form eines Schreibens des Großveziers übermittelt worden, in welchem die Hauptpunkte besonders hervorgehoben werden.

Barna, 25. Oktober. Einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ zufolge erhielten der Sultan und der Marineminister Drohbrieve, infolge deren im Yildiz-Kiosk umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und das Haus des Marineministers von Truppen bewacht wird.

Konstantinopel, 25. Oktober. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Nach einer Meldung aus Erzerum sind in Erzingjan Unruhen ausgebrochen, bei denen 60 Armenier getödtet wurden. Ein Rundschreiben der Porte an ihre diplomatischen Vertreter im Auslande erklärt, daß die Unruhen in Erzingjan von Armeniern provoziert worden seien. Ein anderes Zirkular schreibt die Schuld an den Unruhen in Akhissar ebenfalls den Armeniern zu. Unabhängige Berichte melden jedoch übereinstimmend, daß die Mohamedaner in Akhissar die Armenier unprovokirt angegriffen und plünderten. Einer Meldung aus Aleppo zufolge herrschen auch im Bezirk Marasch erste Unruhen. Nach türkischen Berichten griffen die Armenier in der Provinz Zeitun vier türkische Lehrer an und tödteten vier Soldaten auf der Chaussee nach Marasch; die Armenier sammelten sich in den Bergen.

Japan.

— Die Räumung der Halbinsel Liaotung, welche von dem europäischen Dreibund für Ostasien, d. h. von Rußland und seinen beiden Schutznationen Frankreich und Deutschland gefordert wurde, ist, nach den neuesten Berichten, seitens der japanischen Regierung zugestanden worden. Bis Ende Januar soll die Halbinsel sammt Fort Arthur geräumt sein. Jedoch nicht um von den Russen besetzt zu werden. Hier sind die Engländer noch im Wege.

Scheint die ostasiatische Frage sich auf dem einen Punkt friedlicher zu gestalten, so verwickelt sie sich um so gefährlicher auf einem anderen Punkt — nämlich auf Korea, wo der russisch-japanische Krieg bekanntlich anging, und wo der russische und der japanische Einfluß einander schroff gegenübersteht.

Kuba.

— Kapitalistische Hände in der kubanischen Revolution. Unter diesem Titel schreibt ein unserer amerikanischen Bruderorgane, das „Philadelphia Tagblatt“:

Wir haben verschiedentlich darauf hingewiesen, daß auf der Halbinsel der kubanischen Kriegstheater's kapitalistische Hände hinter den Kulissen thätig sind.

Wie damals ausgeführt, hat an dem Anschütten des Aufstandes besonders die Standard Oil Company einen regen Antheil und soll es diese besonders gewesen sein, die die Gelder für die Insurgenten beschaffte. Als Gegenleistung garantirten die Insurgenten der genannten Gesellschaft das Privilegium, ihr Petroleum, das jetzt unter spanischer Herrschaft mit einem schweren Einfuhrzoll belastet ist, tollfrei auf die Insel einführen zu können.

Wie jetzt bekannt wird, ist es aber nicht die Standard Oil Company allein, die ihre Hände in diesem kapitalistischen Spiele hat. Neben Rockefeller ist auch Havemeyer, oder vielmehr der durch ihn repräsentirte Zuckerkonsum thätig, die kubanische Revolution in ein Aktienunternehmen zu verwandeln, dessen Gewinn in die Taschen der Millionäre in New-York, Philadelphia, Boston und Baltimore geleitet wird.

Die Spekulation des Zuckerkonsums, der bekanntlich die Produktion der süßen Waare in den Vereinigten Staaten vollständig kontrollirt, geht dahin, durch den Rußland in Kuba die Konkurrenz des kubanischen Zuckers mit amerikanischen Märkten fernzubehalten und dadurch in die Lage gesetzt zu sein, mehr noch als sonst ihr Monopol über den Inlandmarkt auszuüben zu können.

Ganz kurz vor dem Ausbruch des kubanischen Aufstandes kaufte der Zuckerkonsum in Werthe von vielen Millionen auf und lagerte denselben mit Rücksicht auf die erwarteten höheren Preise. Die Zuckerkonsumtion war kaum angebrochen, als der Preis des Zuckers in die Höhe ging, und es heißt, daß während der Dauer der kubanischen Unruhen die steigende Tendenz des Zuckerpriests noch anbauern wird. Der Zuckerkonsum hat genügen Vorrath von kubanischem Zucker vorräthig, um den Bedarf derselben für zwei Jahre decken zu können, und man nimmt an, daß innerhalb dieser Zeit der Kampf auf der westindischen Insel entschieden sein wird.

Es heißt sogar, daß die Führer der kubanischen Insurgenten einen direkten Vertrag mit dem Zuckerkonsum abgeschlossen haben, nach welchem der letztere sich zur Zahlung gewisser Summen an die Kasse der kubanischen verpfändet hat. Thatsächlich hat der Kassirer der letzteren schon über eine halbe Million Dollars für revolutionäre Zwecke ausgegeben, wovon nur ein sehr geringer Theil durch freiwillige Beiträge der Kubaner im Auslande und durch Zwangsverhebung bei den kubanischen Pflanzern aufgebracht wurde. Das übrige kam aus den Kassen amerikanischer Zuckerkonsums und Monopole.

Aus diesem Stand der Dinge erklärt es sich auch, daß in Washington große Einflüsse zu Gunsten der Kubanischen sich geltend machen, und daß eine ganze Reihe von Politikern für die Anerkennung Kubas als kriegsführende Macht eintreten. Die kapitalistischen Monopole, die in Westindien die Revolution auf Aktien betreiben, haben noch größeren Einfluß in Washington als auf Kuba, und sie ziehen auch im Puppentheater in der Bundeshauptstadt ihre Fäden. Die Regierung des Herrn Cleveland würde sicherlich gern den Monopolen und den Kubanischen zu Willen sein, wenn nicht die Gefahr bestände, daß Spanien schließlich doch noch des Aufstandes Herr wird. Man kann sicher sein, daß Amerika auf dem Schauplatze in Westindien erscheinen wird, sobald die Insurgenten wirklich Vortheile erringen und sie es etwa zu einer provisorischen Regierung bringen sollten. Sicher ist, daß seitens der Insurgenten und der hinter ihnen stehenden kapitalistischen Monopole alles geschieht, um eine amerikanische Einmischung gewaltsam herbeizuführen. Die Schädigung von amerikanischem Eigenthum, die Niederbrennung industrieller Anlagen auf Kuba, die in Besitz von Amerikanern sind, scheinen ein Mittel zu sein, jene Einmischung zu begründen. Man giebt durch derartige Thaten der Bundesregierung Veranlassung, zum Schutze des Eigenthums amerikanischer Bürger sich in die kubanischen Angelegenheiten einzumischen und es soll und gar nicht wundern, wenn nächsten die Nachricht auslauft, daß beratende Schritte nach der Richtung hin in Washington eingeleitet wurden.

Wir haben sicherlich nichts gegen die nationale Selbständigkeit der Kubaner einzumenden. Diese Festsetzung der Revolution in der kapitalistischen Zweckheit der Insurgenten in ein schiefes Licht, und man kann sich das Gedanken nicht erwehren, daß jene Führer des Aufstandes, die den Vertrag mit dem Zuckerkonsum abgeschlossen, in irgend einer Weise geschäftlich an die Transaktionen des letzteren theilhaftig sind, und daß sie die Insurrektion nur zum Zwecke der eigenen Bereicherung inszenirt haben. Soldknechte im Dienste des Kapitals aber sind schlechte Revolutionsführer.

So das „Philadelphia Tagblatt“. Daß kapitalistische Hände im Spiel sind, unterliegt keinem Zweifel. Wo ist heute ein politisches Unternehmen, ein Kolonialfeldzug oder sonst eine Haupt- und Staatsaktion, bei welcher der Kapitalismus seine Hände nicht im Spiel hätte? Wir erinnern nur als neuestes Beispiel an Madagaskar und die Enthaltungen uneres Gallus.

Damit kann natürlich nicht gelagt sein, daß der kubanische Aufstand ganz von Kapitalisten gemacht sei. Aber das vorhandene Material wurde und wird von ihnen benugt.

Uns geht folgendes Aktenstück zu:

Der königliche Potsdam, 28. Sept. 1895.
Regierungs-Präsident
I. 2963. 9.

Zur Bekämpfung der strafwürdigen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, insbesondere auf dem Gebiete der Presse, ersuche ich wiederholt um eine sorgfältige Ueberwachung der sozialdemokratischen und anarchischen Zeitungen und Flugblätter, welche in dortigen Kreisen erscheinen und verbreitet werden. Die Polizeibehörden haben diese Proherzeugnisse einer genauen Durchsicht zu unterziehen und die ihnen strafwürdig erscheinenden Veröffentlichungen zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft zu bringen.

Auch zweifelhafte Fälle sind der Staatsanwaltschaft mitzutheilen. Wenn auch die Staatsanwaltschaft nicht immer die Ansicht der Polizeibehörden theilen wird, so darf doch hierdurch das Zusammenwirken nicht gehindert werden, vielmehr sind die Mittheilungen fortzusetzen. Ich ersuche, die hiernach in betracht kommenden Druckschriften selbst regelmäßig durchzusehen.

Der Regierung's-Präsident.

gez. Graf Hue de Grais.

An die Herren Landräthe u.

Wir ersehen daraus mit Genugthuung, daß der Herr Regierungs-Präsident unserer Parteipresse einen verstärkten Abjah in Beamtenkreisen verschafft hat.

Partei-Nachrichten.

Die Kieler Parteigenossen beschloßen, sich an den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen nicht zu betheiligen, da wegen der vor einigen Jahren durch die „Freisinnigen“ verschuldeten Zehnerverhöhung jede Aussicht auf Erfolg mangelt. Dagegen soll kurz vor der Wahl ein Protestflugblatt verbreitet werden, auch will man zwei Protestversammlungen abhalten. Bemerkenswerth ist, daß die Kieler „Freisinnigen“ heiß erklären, gegen die Wahlsens- Erhöhung zu sein, bisher aber ängstlich verweiden haben, diese Frage in den Stadtkollegien, wo sie die Majorität haben, anzuhängen. Es wird demnach auch bald der eine Genosse, den wir in der Stadtverordneten-Versammlung Kieles haben, seinen Platz räumen müssen.

Die Wagdeburger „Volkstimme“ lehnt die ungeschickliche Art der Diskussion über die bekannte Erklärung der sozialdemokratischen bayerischen Landtags-Abgeordneten fort. Während die übrigen Blätter ihre Meinung in einer Form zum Ausdruck bringen, wie es sich für Parteigenossen gehört, charakterisirt die Wagdeburger „Volkstimme“ z. B. die Meinung der Thüringer „Tribüne“ über das Vorgehen der bayerischen Landtags-Abgeordneten so: „Folgende kaisersche Ohrfeige applizirt sie (die „Tribüne“) unseren bayerischen Genossen.“ Wir sind wirklich neugierig, ob die Wagdeburger „Volkstimme“ noch ungeschicklicher zu sein vermag.

In Siskron in Süd-Frankreich tagt gegenwärtig, wie eine dazwischenliegende Korrespondenz meldet, ein Sozialisten-Kongreß der „Landarbeiter der Alpen“. Er hat die Gründung von Arbeitervereinen auf dem Lande und die Regelung hierauf zusammenhängender Fragen zum Zweck.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Hue in Essen, der Redakteur der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“, hatte gelegentlich des Essener Weineidprozesses den vom ersten Staatsanwalt Peterson gemachten Vorwurf scharf zurückgewiesen, die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ treibe berufsmäßige Hezerei. In einem andern Artikel hatte Hue die Mittheilung des „Vorwärts“ wiedergegeben, in Essen lürkte ein Gericht, wonach Staatsanwalt Peterson vor der Verhängung des Urtheils gegen Schröder und Genossen dem Gefängnisinspektor befohlen habe, die Kleider der Angeklagten bereit zu legen. Die Nummer 85 der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“, die die beiden erwähnten Artikel enthielt, wurde konfiszirt und der Redakteur wegen Beleidigung unter Anklage gestellt. In der Gerichtsverhandlung in Essen gab nun der Staatsanwalt Peterson zu, etwas Aehnliches (wie die Mittheilung des „Vorwärts“ betrafte) gesagt zu haben; in welcher Form, wisse er nicht mehr. Dies ist um so auffälliger, da doch in den 14 Tagen, nachdem die Notiz des „Vorwärts“ alle Blätter durchlaufen hatte, Herr Peterson in einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ bekräftigt, die ihm in den Mund gelegte Aeußerung oder etwas Aehnliches gesagt zu haben. Weiter bekundeten jetzt in der Gerichtsverhandlung ein Gerichtsfunktionär und ein Diätar, in Kollegenkreisen von einer bezüglichen Anordnung des Herrn Peterson gehört zu haben. Ein Milchfabrikant bezeugte: Die Frau des Gefängnisinspektors hat mir ihr Erstaunen über das Urtheil der Geschworenen ausgedrückt und dabei gesagt: Schon mittags erhielt mein Mann vom Herrn Staatsanwalt Anweisung, dem Schröder und Genossen die Kleider zurecht zu legen. Der als Zeuge vernommene Mann dieser geschätzlichen Frau wußte aber von nichts. Redakteur Hue sollte nun die Verteidigung seines Blattes gegen den Vorwurf der berufsmäßigen Hezerei und die andere Notiz mit 850 M. Geldstrafe büßen; das Gericht machte es aber gnädiger, indem es die Strafe auf 150 M. Geldstrafe oder 15 Tage Gefängniß festsetzte.

Redakteur Arno Reichardt in Dresden wurde wegen der drei Beleidigungsklagen, hinsichtlich deren das Reichsgericht das Urtheil seinerzeit aufgehoben hat und wobei es sich um Strafen von zweimal 6 und einmal 4 Monaten Gefängniß handelte, jetzt freigesprochen. Von der früher wegen sechs-facher Beleidigung gegen ihn erkannten Gesamtsstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß sind daher „nur“ noch 7 Monate übrig geblieben. Reichardt hat diese Strafe sofort angetreten und so ist — schreibt unser Dresdener Bruderorgan, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ — die schöne Zeit, wo die Redakteure einmal alle beisammen waren, schon wieder vorbei. — Möge Genosse Reichardt die Haft gut überstehen!

Soziale Uebersicht.

In Wandsbek hat die Straßenbahn-Gesellschaft die tägliche Arbeitszeit ihrer Schaffner von 18-19 auf 30 bis 32 Stunden herabgesetzt; aber nicht aus Menschenliebe haben die Hüter des Profits das gethan, sondern gezwungen von der Regierung, der bekanntlich das Recht zusteht, im Interesse der Sicherheit des Publikums einen Maximal-Arbeitsstag für die Angestellten von Verkehrsanstalten festzusetzen.

Im dänischen Folketing ist durch die sozialdemokratischen Abgeordneten weiter ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit eingebracht worden, der in seinen Hauptbestimmungen lautet:

§ 1. Für alle Personen beiderlei Geschlechts über 14 Jahre, die als Arbeiter, Handlanger oder Lehrlinge Arbeiten im Dienste anderer ausüben beim Handwerks- und Fabrikbetrieb, bei Land- und Wasserbauten, bei Eisenbahnen und dergleichen, im Handel, Transportwesen oder in Bureauthätigkeit beschäftigt sind, sowie für alle im Dienste des Staates und der Kommune stehenden Personen wird die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden festgesetzt, in welche die Sp- und Ruhepausen nicht einbezogen sind.

In solchen Betrieben, welche ihrer Natur nach Tag- und Nachtarbeit erfordern, soll die Arbeit von verschiedenen Arbeiter-Abtheilungen in der Weise ausgeführt werden, daß die wirkliche Arbeitszeit für jeden Arbeiter (Handlanger oder Lehrling) acht Stunden pro Tag nicht übersteigt.

In Betrieben, welche von elementaren Betriebskräften abhängig sind, die unregelmäßig wirken, kann die Arbeitszeit auch über 8 Stunden ausgedehnt werden, doch darf die wirkliche Arbeitszeit für jeden Arbeiter nicht 48 Stunden in der Woche übersteigen.

Nach § 2 sind ausgenommen von dieser Arbeitszeit die häuslichen Arbeiten der ländlichen Arbeiter, sowie alle Arbeiten, welche direkt die Kultur der landwirthschaftlichen Produkte betreffen.

§ 3 besagt: Die Handels- und Postwagenfahrzeuge sollen so bemantelt werden, daß der Dienst 8 Stunden nicht übersteigt.

Nach § 4 wird bei Naturereignissen und Unglücksfällen das Gesetz außer Kraft gesetzt, sowie auf Schiffen bei Krankheit oder Todesfall auf der Reise, soweit eine Störung des Betriebes zu befürchten wäre, ebenso auch bei Arbeiten, welche auf Rettung von Menschenleben bei Todesgefahr gerichtet sind.

§ 5 stellt nähere Bestimmungen für die ländlichen Arbeiter und für den Fischereibetrieb in Aussicht, sobald die nöthigen Ermittelungen angestellt sind.

§ 6 bedroht die Uebertretung des Gesetzes für den Unternehmer mit Strafen von 20-200 Kronen, sammt einer Zulagsbuße von 3 Kr. für jeden Arbeiter, der in seinem Dienste über die gesetzlich bestimmte Zeit hinaus gearbeitet hat, wenn die Uebertretung mit Wissen des Unternehmers oder dessen Vertreters geschehen ist. In Wiederholungsfällen kann die Strafe bis zu 3 Monaten Gefängniß steigen und Zulagsbuße von 10 Kr. für jeden Arbeiter.

Gewerkschaftliches.

Alle Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperserungen, müssen stets dem Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Aufruf an die Gravenre, Zifseure Verlus u. Amgegen. Kollegen! In der am 17. Oktober stattgehabten öffentlichen Versammlung unserer Berufskollegen wurde eine Kommission von 14 Kollegen gewählt, die beauftragt ist, jedes Streben nach Abschaffung bzw. 25 St. Lohnherabsetzung für Ueberstunden energisch zu unterstützen. Die Kommission hat Kollegen Peterson, Gravenre, Berlin, Friedrichstr. 49, sowie den Kollegen A. Klinsky, Zifseur, Söwinemünderstr. 143, beauftragt, alle in diesem Sinne herantretenden Forderungen sofort zu erledigen. An euch, Kollegen, ist es nun, überall, wo es irgend möglich ist, Vorbehalte für unsern Beruf zu erzielen, dies den genannten Kollegen sofort mitzutheilen. Im Auftrage der Bierzecher-Kommission Gb. Peterson, Gravenre, Friedrichstr. 49; Rud. Klinsky, Zifseur, Söwinemünderstr. 143.

Kollegen, die für Ueberstunden bereits erhöhten Lohn bekommen oder keine Ueberstunden arbeiten, werden ersucht, gleichfalls sofort Auskunft zu geben. D. O.

Die Agitationskommission der Handelskassenarbeiter Deutschlands, die in der Zeit vom 8. September bis 10. Oktober d. J. eine Agitationstour durch Mittel- und Süddeutschland unternahm, hat, wie sie uns mittheilt, bei dieser Gelegenheit 13 Organisationen begründet und 351 Mitglieder gewonnen und zwar in den Orten Nordhausen, Mühlhausen i. Th., Esfurt, Altenburg S.-M., Gera Neuf j. L., Greiz N. d. L., Bamberg, Würzburg, Reutlingen, Cannstadt, Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt a. M. Gewiß ein Beweis dafür, daß auch unter den Handelskassenarbeitern ein guter Geist vorhanden ist.

Das Mitgliederbuch Nr. 75 des Verbandes der Bergarbeiter etc., auf den Namen J. Magnussen lautend, ist abhanden gekommen. Der Finder wird gebeten, es Wiegestraße 12, v. 2 Tr. bei Raddendorf abzugeben.

Der Ausstand der Kohlenbergleute in Mons in Belgien ist beigelegt. Die Arbeit wurde infolge einer Entscheidung des Generalraths der Arbeiterpartei wieder aufgenommen.

Gerichts- Zeitung.

Übermals eine Duellprägelei vor Gericht. Wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen sowie wegen Kartelltrügerei hatten sich geherrn der Kaufmann und Geh. Kommerzienrath Karl Wosch und der Igl. Lotteriet-Einnehmer, Rittermeister a. D. Emil Schulz-Schulzenstein, beide zu Charlottenburg wohnhaft, vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Schulz-Schulzenstein hatte Anfang Mai d. J. dem Herrn Wosch die Mittheilung gemacht, daß der Regierungsdirektor und Premierlieutenant der Landwehr, Hennig v. Flügge, an einen ihm befreundeten Offizier einen Brief geschrieben habe, welcher schwere Ehrenkränkungen des Herrn Wosch enthielt. Er — Schulz — habe den Brief gelesen und von dem Inhalte Kenntniß genommen. Da Herr v. Flügge ein Sohn des früheren Reichstags-Abgeordneten v. Flügge ist und mit seinem Vater zu dem Bekanntheitskreise des Hauses Wosch gehörte, ersuchte Herr Wosch den Assessor v. Flügge, welcher bei der Regierung in Frankfurt a. D. angestellt ist, um eine Abschrift des angeblich beleidigenden Briefes, erhielt aber nur ein langes ausweichendes Schreiben. Herr Wosch schickte darauf Herrn Schulz-Schulzenstein als Kartellträger zu Herrn von Flügge, doch nahm dessen Bevollmächtigter den Kartellträger als solchen nicht an, weil derselbe an der Sache interessiert sei. Durch einen zweiten Kartellträger wurden alsdann die Bedingungen für den beabsichtigten Zweikampf festgesetzt. Das Duell fand am 16. Mai in der Nähe von Westend statt. Obgleich aus gezogenen Pistolen geschossen wurde und dreimaliger Kugelwechsel bei 3 Schritt Barriere stattfand, die beiden alten Herren — auch v. Flügge ist etwa 50 Jahre alt — auf dem Kampfsplatz auch vollständige Ruhe bewahrten, verlief das Duell doch unblutig, woran vielleicht das intensive Regenwetter des Tages schuld war, welches die Werge zwang, ihr Feldjagdwort unter Regenschirmen aufzuspannen, damit dasselbe nicht naß würde. Herr v. Flügge ist dem Militärgericht unterstellt; wie dieses gerichtlich hat, ging aus der Verhandlung nicht hervor. Das Gericht fand keine Veranlassung, bei Herrn Wosch über das Strafminimum hinauszugehen. Derselbe wurde zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt. Herr Schulz-Schulzenstein wurde wegen Kartelltrügerei mit 14 Tagen Festungshaft bestraft.

Der Theaterdirektor Samst sowie acht Schauspieler resp. Schauspielerinnen erhielten ein polizeiliches Strafmandat, weil am 20.-24. Juli d. J. im Alexanderplatz Theater das Schauspiel „Die Hochzeit von Valen“ ohne polizeiliche Erlaubniß aufgeführt wurde und die Genannten als Darsteller mitwirkten. Durch die Regensin des Stüdes wurde die Polizei erst darauf aufmerksam gemacht, daß das Schauspiel bereits aufgeführt wurde, obwohl die Zensur noch nicht heraus war. Das Bühnenpersonal beantragte richterliche Entscheidung mit der Begründung, das es für einen Schauspieler eine Angehörigkeit sei, kurz vor Beginn einer Premiere erst den Direktor zu fragen, ob er auch die polizeiliche Erlaubniß zur Aufführung habe, und daß sie sich nicht laut § 13 der Polizeiverordnung vom 10. Juli 1881 strafbar gemacht hätten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jarocynski bemerkte, daß das Schauspiel bereits in anderen Theatern gespielt worden sei und die Polizei nur das Formale zu erledigen hatte. Das Manuscript war bereits acht Tage zur Zensur abgehandelt und der Direktor Samst war nun der Meinung, daß die Genehmigung noch irgendwo in der Kanzlei lagere. Das Schöffengericht nahm an, daß es Sache der Schauspieler sei, sich darum zu kümmern, ob die Zensur schon erfolgt sei; es erkannte aber auf die niedrigste Strafe von je 3 M. oder 1 Tag Haft, weil ein Theaterdirektor verpflichtet sei, seine Schauspieler entsprechend in Kenntniß zu setzen. Ein eigenhümliches Urtheil!

Als Schlafstellerschwinder schlimmster Art zeigte sich der Schneider Herrmann Schröder, welcher gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Er ist bereits fünfmal wegen Betrübereien ähnlicher Art vorbestraft worden, wie ihm jetzt wiederum zwei Fälle zur Last gelegt wurden. Im August dieses Jahres bezog Schröder eine Schlafstelle bei einer Wittve Oriebscher. Seine geringen Mittel waren bald erschöpft. Er erzählte nun seiner Wirthin, daß er Polizeiregent sei und in den nächsten Tagen einen Geldbrief mit 100 M. Inhalt bekommen würde. Da er vorausichtlich nicht zu Hause sein würde, so möge sie nur quittiren; er übergebe ihr gleichzeitig eine Vollmacht. Die Frau ließ sich von ihm täuschen, sie ließ ihm auf den zu erwartenden Geldbrief 20 M. Der Angeklagte ging und kam nicht wieder. Bei einer anderen armen Wittve verfuhr der Kugellöcher in ähnlicher Weise. Er mietete sich als „Jugendlicher“ bei der deutschen Bank ein und Tags darauf nahm die Wirthin auch einen Brief für ihren Miether mit dieser Adresse in Empfang. Den Brief hatte der Angeklagte selbst an sich abgehandelt. Die Wirthin wurde ebenfalls von ihm geprellt. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängniß sowie auf dreijährigen Ehrverlust.

Eine Anklage wegen Kindesauslieferung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Maurers-Gesfrau Katharina Niesler verhandelt wurde, hatte einen eigenartigen Sachverhalt. Am 6. August d. J. hatte die eheverlassene Rudolf die Angeklagte zu überreden gewußt, ihr 10 Monate altes Kind in Pflege zu nehmen. Die Mutter hatte dabei versichert, daß das Kind schon allein essen könnte und überhaupt körperlich weit vorgeschritten sei. Die Angeklagte sah bald ein, daß sie getäuscht worden war, das Kind bedurfte der aufmerksamen Pflege. Sie suchte vergebens die Mutter auf, um das Kind wieder los zu werden, mit demselben Mißerfolge wandte sie sich an den Kaiserstuhl und den Armenvorsteher. Jetzt machte die Angeklagte, welche auch mit Grund besorgt sein konnte, daß sie kein Pflegegeld erhalten werde, kurzen Prozeß, um sich des Kindes zu entledigen. Sie legte es auf einen Sandhaufen an der Ecke der Brunnenwald- und Wienerstraße und ging davon. Das Kind wurde von einer vorübergehenden Frau aufgenommen und nach dem Waisenhaus gebracht. Das Gericht aburtheilte diesen Akt der Selbsthilfe durch Verurtheilung der Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten.

Ein Stück Proletariereleid. Eine unglückliche Mutter, die verheiratete Drechsler Franziska Wendt aus Neu-Weisenau, hatte sich gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II wegen jahrlässiger Tödtung zu verantworten. Die Angeklagte war Mutter von vier Kindern im Alter von 7, 5 1/2 und 2 Jahren und einem von 6 Monaten. Anfang August waren alle vier Kinder krank. Zwei Kinder litten an Scharlach, der 5-jährige Knabe litt an Typhus und das jüngste Kind an Brechdurchfall. Die Kinder mußten wegen der anstehenden Typhuskranken getrennt von einander liegen und die Wohnung bestand nur aus Stube und Küche. Die Mutter mußte unangeseht von einem Kinde zum anderen laufen. Am 10. August erhielt der typhuskranke Knabe Inubalationen von Wasserdämpfen. Während die Spirituslampe brannte, bekam das kleinste Kind, welches mit den

anderen beiden in der Küche lag, einen Brechanschlag. Um demselben zu Hilfe zu eilen, verließ die Mutter auf einen Augenblick den Knaben, ließ aber die Spirituslampe brennen. Kaum befand sie sich in der Küche, da kam der Knabe lautstehend aus dem Bett und der Stube gesprungen und als ihn die Mutter sah, stand er am ganzen Körper in Flammen. Blüchtnell rief die Mutter ihre Schürze vom Leibe und umhüllte den Knaben damit, das genügte aber nicht, sie mußte ihm die brennenden Hemdenfetzen vom Leibe reißen. Immerhin hatte der Knabe so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach 13-tägigem unheilbarem Leiden starb. Das kleinste Kind starb gleich danach und ein drittes ist von Krankheit gelähmt. Kreiswundarzt Dr. Pfleger begutachtete, daß der Tod des Knaben nicht auf Typhus, sondern auf die erlittenen Brandwunden zurückzuführen sei, wenn auch die Möglichkeit nahe lag, daß der Tod wenig später unter der Wirkung der Krankheit eintreten konnte. Der Gerichtshof hielt eine grobe Fahrlässigkeit für vorliegend!!! Die Mutter hätte so besonnen sein müssen, erst die Spirituslampe auszulöschen, bevor sie den Knaben verließ, um zu dem anderen Kinde zu eilen. Immerhin liege der Fall so milde, daß auf das Strafminimum von einem Tage Gefängniß erkannt worden sei. So geschahen von Rechts wegen!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Nachwahl zum Reichstoge. Bei der heute stattgefundenen Nachwahl zum Reichstoge im Wahlkreise Dortmund-Hörde, die infolge des durch den Bericht der Mandats-Prüfungskommission erzwungenen Rücktritts des bisherigen nationalliberalen Vertreters, Kommerzienraths und Fabrikbesizers Möller nöthig wurde, erhielt bisher unser Kandidat Dr. Lütgenau 17 514 Stimmen (gegenüber 17 170 sozialdemokratische Stimmen, die am 15. Juni 1893 auf den verstorbenen Töde fielen), der nationalliberale Kandidat Möller erhielt bisher 17 313 Stimmen (gegenüber 16 284 Stimmen in der Hauptwahl), der Zentrumskandidat Lenking erhielt 14 579 Stimmen (1893: 13 188). Einige das Gesamtergebnis nicht ändernde Orte fehlen noch.

Außerdem wurden abgegeben im Jahre 1893 27 Stimmen für die freisinnige Volkspartei und 65 Stimmen für den Kandidaten der antisemitischen Reformpartei. Das Wahlergebnis macht wie im Jahre 1893 eine Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem Vertreter der nationalliberalen Partei nothwendig. Im Jahre 1893 siegte in der Stichwahl Möller (nl.) bei 43 114 abgegebenen Stimmen mit einer Majorität von bloß 64 Stimmen. Unsere Genossen werden alles daran setzen, diesmal den Wahlkreis zu erobern.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. (B. H.) Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus München: Nach Provinzialblättern hält der Bund der Landwirthe demnächst in allen Theilen Bayerns Versammlungen ab, um die bayerische Bauernvereinsung an den Bund der Landwirthe anzugliedern.

München, 25. Oktober. (B. H.) In Rehlheim brannte die Celluloidfabrik von Simonius u. Co. nieder. Der Schaden beträgt 1 1/2 Millionen Mark. Mehrere hundert Arbeiter, die in der Fabrik beschäftigt waren, sind nunmehr beschäftigungslos geworden.

München, 25. Oktober. (B. Z. B.) Heute Nachmittag gegen 5 Uhr stürzte der Neubau eines Hintergebäudes in der Amalienstraße ein. Es sollen 3 Arbeiter und eine Frau verwickelt sein. Die freiwilligen Feuermehren und eine Sanitätskolonne erschienen sofort am Plage. Die Rettungsarbeiten werden eifrig fortgesetzt, waren jedoch bis jetzt ohne Erfolg.

München, 25. Oktober. (B. Z. B.) Die Aufbaumungsarbeiten bei dem Hauseinkurz in der Amalienstraße werden während der Nacht fortgesetzt. An der Unglücksstätte trafen heute Abend Mannschaften des Eisenbahn-Bataillons zur Hilfeleistung ein. Ferner sind an der Unglücksstätte der Minister Frhr. von Feilich, der Bürgermeister und städtische Ingenieure anwesend.

Wien, 25. Oktober. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. (Schluß.) Die folgenden Redner March, Janda, Lausek und Junke traten für den Schutz der Interessen der Landwirthschaft und der produzierenden Klassen ein. Sodann wurde die Verhandlung abgebrochen. — Die Regierung legte den Gesetzentwurf betreffend das Rekrutenkontingent für das Jahr 1898 vor.

Wien, 25. Oktober. (B. H.) Die historische Schrift des Priesters Pilati („Brentanico und seine Kirche“) wurde von dem Staatsanwalt wegen Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses beschlagnahmt.

Fermo, 25. Oktober. (B. Z. B.) Heute früh wurden hier zwei starke Erdschütterungen verspürt.

Paris, 25. Oktober. (B. H.) In der heutigen Kammerführung setzte Jaurès seine gestern abgebrochene Rede fort und kritisierte in schärfster Weise die Haltung der Polizei beim Streik in Carmaux. Falls die Kammerführung nicht verlängert wird, dürfte die Interpellation heute noch nicht zur Erledigung kommen.

Paris, 25. Oktober. (B. H.) In juristischen Kreisen glaubt man, daß die Affäre Wagner noch große Stürme zeitigen werde. Es wird behauptet, daß der Staatsanwalt Gheneff den Justizminister mittels Schriftsüden überführen will, den Senator Wagner persönlich zur Flucht verurtheilt zu haben. Die Ueberführung des Justizministers durch den Staatsanwalt wird große Sensation hervorrufen.

Paris, 25. Oktober. (B. H.) Die türkische Gesandtschaft theilt der Presse durch eine Note mit, daß alle sensationellen Gerüchte über die pessimistische Lage in der Türkei unbegründet seien. Besonders die Nachrichten von Hausfuchungen bei höheren Beamten und von dem Vertheilen aufwärtiger Flugblätter seien unwahr.

Paris, 25. Oktober. (B. Z. B.) Deputirtenkammer. In der heutigen Sitzung setzte Jaurès vor vollbesetztem Hause seine Ausführungen fort. Er behauptete, die Ausständigen hätten die Freiheit der Arbeit respektirt, bis die Noth sie völlig gebrochen habe. Der Redner warf der Regierung vor, daß sie unrechtmäßigweise zu gunsten des Direktors Mességuier eingetreten sei und zur Zeit des Mordanschlages gegen diesen sozialistische Abgeordnete mehrere Stunden lang gefangen gehalten habe. Jaurès schloß mit dem Antrage, die Frage dieses Ausstandes dem Schiedsrichter des Kammerpräsidenten Brisson zu unterbreiten. (Beifall.) Brisson erklärte sich sodann, wenn sich die Kammer davon Nutzen verspreche, zur Annahme des Schiedsrichtersamts bereit. Der Minister des Innern Lugeux erklärte, daß er diese Lösung der Frage nicht annehmen könne. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Paris, 25. Oktober. (B. Z. B.) Deputirtenkammer. (Schluß.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach sich der Minister des Innern in sehr anerkennender Weise über den Direktor Mességuier aus, der viel für die Arbeiter gethan und das Syndikat begünstigt habe, bis das Syndikat seine Autorität an die Stelle derjenigen des Unternehmers setzte. Im Antrage des Ausstandes habe die Regierung Einigungsversuche gemacht. Die Ermischung Jaurès sei dem Erlolge der Unterhandlungen abträglich gewesen. Die Regierung habe sich alsdann auf die Aufrechterhaltung der Ordnung beschränkt. (Beifall.) Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

London, 25. Oktober. (B. H.) Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, tritt in Brasilien eine monarchische Bewegung hervor, die beabsichtigt, Dom Pedro von Sachsen-Koburg auf den Thron zu erheben.

Die Sozialdemokratie Berlins

nahm gestern in gut besuchten öffentlichen Parteiversammlungen den Bericht der Vertrauenspersonen über die abgelaufene Jahresperiode und den Bericht der Delegierten über die Beschlüsse des Breslauer Parteitag entgegen.

Die Versammlung im ersten Wahlkreis wurde bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, abgehalten. Der Parteitagdelegierte Pöhlitz gab ein kurzes Resümee der Breslauer Verhandlungen, brachte den Parteigenossen nochmals die angenommenen Resolutionen zur Kenntnis und präzisirte die Stellung, die die Delegierten des 1. Wahlkreises zu den einzelnen Verhandlungspunkten eingenommen haben. Gegenüber der außerordentlich schroffen Behandlung, die die Berliner Delegierten durch einige Parteigenossen aus anderen Orten auf dem Parteitag ausgeübt waren, empfahl er, auf Mittel zu finden, das Aeußerungen, wie sie gegen die Vertreter Berlins gefallen sind, in Zukunft nicht mehr vorzukommen. Zum Schluss gab der Redner die Erklärung ab, daß die Berliner Delegierten für die von hier gestellten Anträge mit allem Nachdruck eingetreten seien; nicht ihre Schuld wäre es also, wenn die Anträge nicht angenommen worden. Zäterow theilte zunächst mit, daß der zweite Parteitagdelegierte des Kreises, Genosse Timm, zur Wahlagitiation nach Dortmund geschickt sei, sich aber selbstverständlich bereit erklärt habe, seiner Pflicht, über den Parteitag zu berichten, in einer anderen Versammlung zu genügen. Hierauf ging Zäterow auf die Ausführungen des Delegierten Pöhlitz ein, fand den Ton erklärlich, den man auf dem Parteitag gegen die Berliner angefallen hat, knüpfte hieran eine kurze Kritik der Eigenthümlichkeiten der Genossen Fischer und Schoenlant und äußerte schließlich seine Verdrüßung über das Schicksal des Agrarprogramms sowie darüber, daß durch den Parteitag eine klare Basis geschaffen ist, auf der in der Agrarfrage weitergearbeitet werden kann. Die Diskussion war damit zu Ende. Es folgte die Abrechnung der Vertrauenspersonen, die durch Folgentreff gegeben wurde. Danach betrug die Jahreseinnahme, einschließlich 194,80 M. früheren Bestandes, insgesamt 906,17 M.; die Ausgaben beliefen sich auf 725,24 M., so daß ein Ueberschuß von 180,93 M. blieb. Auf Antrag des Revisors Winkel wurden die Vertrauenspersonen ernannt. Hieran schlossen sich die verschiedenen Neuwahlen. In Vertrauenspersonen wurden wieder Zäterow und Folgentreff gewählt, in die Lokalkommission Kuback und Krelle, in die Brandenburger Agitationskommission Gerisch und Schuster, in die Preßkommission Timm und Sopya und zu Revisoren Wallhaus, Sommer und Wolt. Dann forderte Wolt unter Hinweis auf die vom Parteitag angenommene Resolution betreffs der Hausindustrie und des Schwitzsystems die Parteigenossen auf, nach dieser Richtung hin die Bestrebungen der Konfessionen arbeiter kräftig zu unterstützen, wobei er auf die vier großen öffentlichen Schneider- und Näherinnen-Versammlungen aufmerksam machte, die Montag, den 28. Oktober in vier verschiedenen Stadttheilen Berlins abgehalten werden; man solle hauptsächlich unter den Frauen ißrig für zahlreichem Besuch der Versammlungen agitiren. Zäterow brachte die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen zur Sprache, bei denen besonders der 2. Wahlbezirk in Betracht komme, und schlug vor, dem Genossen Jakobey die Kandidatur zu übertragen. Der Vorschlag wurde angenommen und hierauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im zweiten Wahlkreis gab der Vertrauensmann Werner den Rechenschaftsbericht: die Einnahmen betragen 6788,82 M. (darunter 1079 M. vom Wahlverein, 575 M. Ueberschuß vom Maiest 2274 M. für Wons); die Ausgaben stiegen mit 6788,82 M. gegenüber (darunter 4897 M. für Parteifonds, 500 M. Agitationskommission der Provinz Brandenburg.) Den Vertrauenspersonen wurde auf Antrag der Revisoren Entlassung ertheilt. Bei den Neuwahlen wurden gewählt: Werner und Schlichting zu Vertrauenspersonen und dazu Frau Scholz mit der besonderen Aufgabe der Frauenagitiation; Knüpper und Jakob in die Preßkommission; Mühs und Krüger in die Lokalkommission.

Zu dem Referat über den Breslauer Parteitag konstatirte Werner, daß die Berliner im allgemeinen auf dem Parteitag mit einem gewissen Mißtrauen empfangen seien, was zum Theil darin seinen Grund habe, daß Berliner Delegierte selbst gegeneinander gesprochen hätten; so wäre Stadthagen scharf ausgefallen gegen Arons, als dieser den Antrag 5 empfohlen habe; er habe sogar gesagt, daß der Antrag in Berlin in keiner einzigen Versammlung vorgebracht, sondern nur von den Delegierten gestellt sei. So dürfe man nicht gegen einander aufstehen. Er wendet sich dann zur Besprechung des Antrags 43 i. c. die Diktierfrage. In Zukunft müßten die Genossen jedenfalls eine andere Stellung dazu einnehmen und dürften sich nicht wieder durch Machinationen abblenden lassen; Genosse Fischer, der sich gegen diesen Antrag ausgesprochen habe, hätte eine persönliche Seite darin gesehen, die allen Antragstellern vollkommen fern gelegen habe. Wenn Fischer, der den Antrag anbringen wollte, sich gefreut habe, daß die Berliner Delegierten in Breslau einen ganz anderen Ton angefallen hätten, wie zu Hause, so habe er sich geirrt: der Ton sei ganz der nämliche gewesen, da auch in Berlin alles Persönliche ausdrücklich vermieden wäre; aber Fischer habe sich an die Berichte der gegnerischen Presse gehalten. Wenn das Grundgesetz der Partei werden sollte, was Fischer meinte mit den Worten, „wenn solche Angriffe sich jedes Jahr wiederholten, dann gebe er aus der Partei“, dann müßte es schlecht mit der Partei bestellt sein. (Sehr richtig!) Richter hätte gerade so gethan, als ob ihm wirklich vorgeworfen wäre, er lebe von Arbeitergroschen oder verdiene nicht sein Gehalt. Auch Genosse Singer habe einen solchen Ton angefallen, als er die Verleumdungen der „Braunschweiger Landeszeitung“ gegen Fischer, die natürlich nur eine nichtswürdige gegnerische Verleumdung seien, zurückgewiesen und dabei die Delegierten ermahnt habe, künftig derartige Dinge nicht zur Sprache zu bringen, die gerade erst den Gegnern Gelegenheit zu Angriffen böden. Er wolle nur bemerken, daß es im Gegentheil gerade Pflicht der Genossen sei, in solchen Dingen sich offen und frei auszusprechen. Redner wandte sich noch gegen die Mißbräuche und Auswüthe des „Anschlößbergers“ Saenenlant. Der Vorsitzende Antritt stellte Werner gegenüber fest, daß Fischer nicht vom Austritt aus der Partei gesprochen habe.

Genosse Arons geht zunächst auf die Diktierfrage ein und sagt, daß er ein grundsätzliches Gegen der Anträge sei, wenn er auch seines gebundenen Mandates wegen dafür gestimmt hätte. Nicht allein in Berlin, sondern auch in Schlesien habe er Gelegenheit gehabt, viele Gegner dieses Antrags zu hören. Arons ging dann ausführlich auf das Agrarprogramm ein. Die Frage sei überhaupt noch nicht genügend studirt und deshalb habe der Parteitag recht gehabt, die Rousky'sche Resolution anzunehmen. Aus wurden keineswegs die Hände gebunden; man müsse nur immer erwägen, ob es sich um wirkliche proletarische Forderungen handle, die ins Programm gehörten, oder nicht. Deshalb sei es auch das gute Recht aller Parteigenossen, über einzelne Punkte je nach den Verhältnissen anders zu denken, wie es z. B. die Mainzer Genossen in ihrer Resolution über den Anbauernschutz gethan hätten. Etwas anderes sei es mit den Bayern. Dort habe Genosse Scherm im Landtage eine Erklärung abgegeben, in der (die auch später noch durch eine Nürnberger

Resolution bestätigt sei) die Beschlußfassung des Breslauer Parteitag als eine vorübergehende Strömung bezeichnet, an die man sich nicht gebunden zu fühlen brauche. Eine solche Aeußerung sei taktlos, sie dürfe nicht unwidersprochen bleiben, denn so etwas diene dazu, das Ansehen des Parteitag zu schmälern. Gerade, wenn in der Agrarfrage noch so wenig Klarheit herrsche, dann hätte Scherm besonders vorichtig vorgehen und nicht so endgiltige Stellung nehmen dürfen; das sei eine Ueberhebung der bayerischen Genossen. Bedauerlich sei bei der Gelegenheit besonders, daß der „Vorwärts“ nicht Stellung dazu genommen habe; er sei dazu wohl in der Lage, denn er verfüge über die besten Mittel und Kräfte der Partei. Von seiner Zurückhaltung aber komme es, daß dann in der Provinzpresse, die unter schwereren Verhältnissen arbeite, mit Keulenschlägen gearbeitet würde.

Koblentz erklagt, daß in Breslau, wie auch schon auf früheren Parteitag und Gewerkschaftskongressen die Berliner Anträge schlecht behandelt seien; aber auch Stadthagen habe durch seine Bemerkung eine anständige Behandlung derselben unmöglich gemacht; alles übertriffen aber habe Genosse Schoenlant; seine bornirten Angriffe prallten aber an der Berliner Arbeiterkraft ab, denn die könne mit Stolz auf ihre Leistungen und ihren Opfermut sehen. Als Gedächtnis der vorgeschrittenen Zeit ging er die weiteren Punkte der Parteitagverhandlungen kurz hinweg, indem er besonders eine Besichtigung des internationalen Arbeiterkongresses empfahl; betr. der Anträge über Organisation z. meinte er, daß es das Beste gewesen sei, sie alle abzulehnen. Daß aber auch der Antrag, die Revisoren aus Berlin und Umgegend zu nehmen, gefallen sei, beklagt Redner aus Gründen der Sparsamkeit; Schuld sei die unbegründete Furcht vor einer Großmachthaltung der Berliner in der Partei.

In der Diskussion erwähnte Fischer, daß Koblentz sich zwar mit Recht gegen Schoenlant gewendet habe, daß aber auch ein Theil der Schuld an den Berlinern liege, die denn doch seine so bedeutungslosen und kleinlichen Anträge stellen sollten. Von 106 Anträgen seien über 20 pCt. aus Berlin gewesen und von diesen 11 zu Berliner Angelegenheiten! Auch mit der Preßkommission sei es ähnlich: sie könnte, entgegen der Meinung Koblentz's, eine Macht darstellen, wenn das nicht sei, so läge das vielleicht auch an den Personen. Werner habe es peinlich empfunden, daß Redner sich gegen den Antrag 43 ausgesprochen habe; aber derselbe habe sich doch gegen die Parteimitglieder überhaupt gerichtet und er sei als Mann von Ehre verpflichtet gewesen, diese Stellung zu nehmen. Allerdings habe er seinen Ausführungen einen gegnerischen Bericht über die Versammlung im 3. Kreis zu Grunde gelegt, aber nur nach vorübergehenden genauen Erfindungen über dessen Richtigkeit. Besser wäre, wenn der „Vorwärts“ alle solche Aeußerungen von Parteigenossen genau brächte, wie sie gefallen. Im 3. Kreis sei gesagt worden, von den leitenden Genossen sei es nicht anständig, vom Gelde, das die Arbeiter von 15—18 M. Wochenlohn zusammenheuert, sich Gehälter von 3000 M. und mehr zahlen zu lassen; es scheine mehr das Interesse am Parteigelde als am Parteiinteresse maßgebend zu sein u. s. w. Wenn solche Vorwürfe von einem Stumm kämen, so lehre man sich nicht an, aber den Parteigenossen müsse man antworten, und wenn die Parteigenossen im allgemeinen solche Vorwürfe zu den ihren machen sollten, dann könne man nicht Parteimitarbeiter bleiben.

Inzwischen ist folgende Resolution Arons eingelaufen: Die Versammlung des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises protestirt gegen die völlig grundlose Stellungnahme des Genossen Scherm im bayerischen Landtage gegen die Beschlüsse des Breslauer Parteitag. Sie protestirt namentlich gegen die unbedingte Bezeichnung jener Beschlußfassung als einer augenblicklichen Strömung. Die Versammlung macht es ferner dem „Vorwärts“ zum Vorwurf, daß er gegenüber dem Auftreten der bayerischen Genossen im Landtage nicht Stellung genommen hat; die Versammlung hält es für die Pflicht des „Vorwärts“ als Zentralorgan, den bayerischen Landtags-Abgeordneten gegenüber die Stellung der überwiegend großen Majorität des Parteitag zu vertreten.

Nach einer kurzen Erwiderung von Werner führte Genosse Knüpper gegen Arons aus, daß kein gebundenes Mandat gegeben sei. Der Diktierantrag sei ohne irgend welche persönliche Gründe aus Sparsamkeit gestellt; den Berliner Delegierten habe er den Vorwurf zu machen, daß sie sich die Schoenlant'schen Aeußerungen hätten gefallen lassen; Arons hätte, als er den bayerischen Antrag gelesen hätte, sofort die Preßkommission zum Einschreiten bewegen sollen, statt nachher mit langen Resolutionen zu kommen; übrigens habe später der „Vorwärts“ seine Pflicht gethan. Gegen Arons beantragte er ein Tadelvotum. Lange stellt den Antrag:

Die Versammlung spricht den Ausführungen des Delegierten Dr. Arons in bezug auf den Antrag 43 ihre Mißbilligung aus, da er sein Genußverständnis mit demselben erklärt hatte.

Stadthagen meinte, der Parteitag sei gar nicht so sehr gegen die Berliner gewesen, da Schönlant keinen Beifall verdient hätte; gegen die kleinlichen Anträge der Berliner habe er sich aber mit Recht gewendet. Gegen den Antrag 5 habe er geendet, weil Arons ihn gleich in die Geschäftsordnung habe bringen wollen. Gebundene Mandate seien ein Uebing und bringen ihrem Träger, wenn er ein anständiger Mensch sei, oft in die peinlichste Situation. Selbstenwerth sei, daß man in Berlin eigentlich bis heute noch keine ordentliche Stellung zur Agrarfrage genommen habe. Der alte Haug von Seltzer müßte bekämpft werden und der Geist wiederkehren, der unter dem Sozialistengesetz geberrsch habe. Gegen die Resolution Arons müsse man entschieden auftreten; man lenne noch nicht die Motive der Bayern und in der Erklärung von Scherm scheine ihm eher ein Einlenken zu liegen. Jedenfalls dürfe man nicht leichtfertig Zwietschacht säen, sondern müsse vereint für die große Sache kämpfen.

Koblentz erklagt, daß in Zukunft die Berliner Delegierten sich vorher über die Anträge beröthen, damit mehr Klarheit herrsche. Anträge, wie der 43., würden am besten durch vernünftige Behandlung der Welt geschafft. Als Redakteur des „Vorwärts“ ergriff zuletzt Genosse Ledebaur das Wort: Gerade wegen seines Einflusses müsse der „Vorwärts“ sehr vorsichtig sein und nur im Nothfall diese er aus der Zurückhaltung herausreden und in die Parteidiskussion eingreifen. Aber der „Vorwärts“ habe auch Stellung genommen und außerdem unberechtigte Angriffe in der Provinzpresse gebührend zurückgewiesen; wenn man nach dem Schema der Magdeburger „Vollstimme“ verfahren wolle, so würden sich einzelne Gruppen der Partei immer gegenseitig hinausweisen. Der „Vorwärts“ dürfe aber auch nicht, wie Arons meinte, immer nur mechanisch die Ansicht der Majorität vertreten, sondern er müsse nach Wissen und Gewissen Stellung nehmen. Ueber die Resolution Arons rath Redner zur Tagesordnung überzugehen.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Arons, der Antrag Lange und der Antrag Fahrenwald (der das Genußverständnis der Versammlung mit der Erklärung der Berliner Delegierten gegen Gen. Singer ausdrücken sollte) abgelehnt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung 1/2 Uhr.

In der Parteiversammlung für den dritten Wahlkreis, die in Brechtow's Hofstraße, Sebastianstraße 99, lagte, gab zunächst Stephan Friß seinen Rechenschaftsbericht und legte hierbei seinen Standpunkt zu den verschiedenen An

als Vertrauensperson. Seine Einnahmen betragen: Für Wons 1409,50 M., aus Zellerfammlungen 168,76 M., aus verschiedentlichen Zuwendungen 1212,44 M., Ueberschuß der Maiest 1875,75 M., und mit dem Bestand aus dem Vorjahre (885,39 M.) insgesamt 5001,99 M. Hiervon wurden 3750 M. an den Parteiführer abgeliefert und sonstige Ausgaben bestritten, so daß z. Z. sich noch 102,39 M. in Händen der Vertrauensperson befinden. Alboldt bestätigte namens der Revisoren die Ueber einstimmung der Bücher und Belege, worauf die Versammlung dem Genossen Friß Decharge ertheilt. Vor Eintritt in die Neuwahl der Vertrauensperson meinte Frau Greiffenberg, daß die Vertrauensleute wohl ihre Schuldigkeit ihm, wenn es sich um Angelegenheiten der Genossen handle, nicht aber, wenn auch die Frauen in Frage kommen. So wurde bei den Parteiversammlungen sowohl, wie auch bei Kommunalwähler-Versammlungen in Jaserat stets verfahren, auch die Frauen einzuladen. Damit nun eine bessere Agitation unter den Frauen betrieben werde, empfahl Frau Greiffenberg die Wahl auch einer weiblichen Vertrauensperson und brachte als solche Frau Fahrenwaldt in Vorschlag. Hoch hielt es für richtiger, wenn sich die Frauen ihre Vertrauensperson in eigener Versammlung wählten. Der dritte Kreis komme übrigens mit einer Vertrauensperson und einem Vertreter derselben sehr gut aus; auch sei schon einmal der Versuch mit einer Frau als stellvertretender Vertrauensperson gemacht worden, aber ohne zufriedenstellenden Erfolg, denn handle es sich um wirkliche Agitationsarbeiten, wie Verbreitung von Flugblättern, dann seien die Frauen nicht zu haben. (Zustimmung.) Wilhelm berief sich auf Frankfurt a. M., wo er beobachtet habe, daß Frauen dort tapfer mitarbeiteten, er erklärte sich für die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson. Tagesgenossen Schröder, Tschernig und Kräker. Frau von Hoffstetten warf die Frage auf, wie sich die Behörde zu der Sache stellen würde? In Sachen sei bekanntlich schon eine einzelne Vertrauensperson als politischer Verein betrachtet und „aufgelöst“ worden, bei dem gegenwärtig herrschenden scharfen Wind wäre eine Intervention der Behörde und Scherereien mit derselben so gut wie sicher zu erwarten, wenn zwei Vertrauenspersonen gewählt würden. (Sehr richtig.) Friß rechtfertigte sich betreffs des Wortlauts der Inzerate. Nach ein noch Schweiher einen Vorschlag der Frau Greiffenberg, die thätigen Genossen brächten ihre Frauen zu wenig in die Versammlungen mit, entkräftet hatte und eine Reihe persönlicher Bemerkungen ausgetauscht waren, wurde ein Antrag Kräker's zur Debatte gestellt, der prinzipielle Entscheidung verlangte, ob eine Frau gewählt werden solle oder nicht. Börner empfahl dessen Ablehnung; man solle es jedem Versammlungsbesucher überlassen, für welche vorgeschlagene Persönlichkeit er stimmen wolle. Kräker's Antrag wurde abgelehnt, angenommen dagegen ein anderer Antrag desselben Genossen, der Vertrauensperson jährlich 50 M. Monatsgeld zu bewilligen. Als Vertrauenspersonen wurden hierauf Friß, Oswald Grauer, Frau Fahrenwaldt und Frau v. Hoffstetten in Vorschlag gebracht. Letztere und Grauer lehnten die Wahl ab; Friß wurde einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der stellvertretenden Vertrauensperson fiel wiederum auf Georgi; Frau Fahrenwaldt erhielt nur etwa 30 Stimmen.

Der Bericht der Preßkommissions-Mitglieder Hoch und Pöhl zeitigte wiederum eine längere Diskussion. Frank meinte einige Inzerate, die nach seiner Meinung besser in einem beliebigen Kapitalistenblatt aufgehoben wären. Er fand es bedauerlich, daß „wegen zu großen Andranges von Inzeraten“ der Bericht über die Verhandlungen im Abgeordnetenshaus zurückgestellt werden mußte. Auch in redaktioneller Hinsicht werde viel gesündigt; der „Vorwärts“ schlage öfter den großen Ant. roffizierstern an und lasse andere Parteiblätter (z. B. die Magdeburger „Vollstimme“ in der letzten Donnerstags-Nummer) ab; ebenso wenig hat dem Redner die Haltung des „Vorwärts“ bei der Diskussion des Agrarprogramms Entwürfe gefallen. Das müsse jedenfalls an den „jungen“ Redakteuren liegen. Die Versammlungsberichte sind ebenfalls nicht nach dem Wunsch und Geschmack des Genossen Frank. Sie erscheinen später als in bürgerlichen Blättern und sind oft verstümmelt und ungenügend. Beispiel: der Bericht über die große Kommunalwähler-Versammlung bei Kellern, wo Singer verdientermaßen vom Genossen Wosner wegen der Geburtsstagsgratulation bei dem Stadtverordneten-Vorsteher abgefängt worden sei. Entweder habe der Berichtstatter oder ein Redakteur die Bemerkung von dem Wosner, der in die Versammlung hineingetragen wurde, aus Liebe zu Singer dem Bericht angefügt. Nochmals auf die Inzerate zurückkommend, behauptete Redner, der „Vollstaar“ habe auch keine Inzerate gebracht, also könne der „Vorwärts“ auf derartige Einnahmen ebenfalls verzichten. Der Redner sagte seine Meinung zum Schluss dahin zusammen, wenn in der „Scherm-Kommission“ — darunter verstand er die Preßkommission — nichts zu erreichen sei, dann möge man lieber von einer Wahl zu ihr Abstand nehmen. Kahlen fand den Vorwurf, der „Vorwärts“ sei ein Kapitalistenblatt, für unberechtigt; wo bei Geschäftsinzeraten der Schwindel beginne, sei schwer festzustellen. (Sehr richtig.) Berger zog ebenfalls, wie Frank, über die Redaktion wegen Verfümmelung der Versammlungsberichte her. Hoch erklärte, daß die Annonce von Jacques Raphael die Preßkommission wiederholt beschäftigt habe, doch müsse sie so aufgenommen werden, wie in anderen Blättern, oder der „Vorwärts“ müsse gänzlich darauf verzichten. In Sachen des Agrarprogramms habe der „Vorwärts“ anfänglich nur eine referirende Stellung eingenommen und die verschiedenen Preßstimmen und Meinungen der Genossen registriert, indes müsse verlangt werden, daß bei wichtigen Fragen der „Vorwärts“ seine Stellung dazu genau präzisire. (Sehr richtig.) Bezüglich der Versammlungsberichte bemerkte Hoch, daß nach seinen Erfahrungen dabei weder die Berichtstatter, noch der Redakteur, noch die Leser zufrieden seien. (Gehterzeit.) Den Berichtstattern werden sie zu sehr gefürzt, dem Redakteur sind sie gewöhnlich zu lang und das Publikum bekommt sie wegen Mangel an Raum gewöhnlich zu spät und nicht ausreißend genug zu Gesicht. Schließlich bemerkte der Redner, daß mit der Menge der Inzerate auch die Vergrößerung und Reichhaltigkeit des sonstigen Lesestoffes Hand in Hand gegangen ist. (Zustimmung.) Nach einigen persönlichen Richtigstellungen wird die Neuwahl der Preßkommissionsmitglieder vorgenommen, aus der wiederum Hoch und Pöhl hervorgingen.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Mahle. Im 3. Kreis stehen den Parteigenossen und Gewerkschaften jetzt 14 größere Säle zu Versammlungen offen. Jeder Saal wird auf Ersuchen des betreffenden Inhabers freigegeben, sobald die von der Kommission festgestellten bekannten Bedingungen erfüllt sind. Der Kassenbestand der Kommission beträgt 24,28 M. In die Lokalkommission wurde Mahle wieder, und Hinz neuergewählt. Das Amt der Revisoren übertrug die Versammlung den Genossen Kräker, Schönlant und Alboldt.

Hierauf folgte die Berichterstattung über den Breslauer Parteitag. Der Delegierte Kräker besprach die Berichterstattung, den Geschäftsbericht des Parteivorstandes und die Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit und legte hierbei seinen Standpunkt zu den verschiedenen An

tragen und Resolutionen klar. In bezug auf den Antrag Kronstabelle er besondres Stadthagen's Verhalten, das die Abneigung der Provinzialdelegierten gegen die Berliner mit vertritt habe. Beim Diätenantrag verlas er Fischer's Rede aus dem Protokoll und bemerkte dazu, der Satz: "wenn er Rothschild's Sohn wäre", habe sich nach Meinung der Berliner Delegierten auf Dr. Leo Kronstabelle bezogen. Sich so zu äußern, sei Fischer nicht berechtigt gewesen, da in den Berliner Volksversammlungen bei der Debatte über die Diätenfrage sein Name gar nicht genannt worden wäre. An der Hand eines entstellten Berichtes in bürgerlichen Blättern — die Worte seien wohl so ähnlich gefallen, aber aus dem Zusammenhang herausgerissen — habe Fischer die Berliner Genossen zu distrahieren gesucht. Jedenfalls sei es der "Bischof der Frechheit", wenn Fischer sage: "Anderes wäre es, wenn das Geld für die Diäten nicht da wäre." Der Ausdruck erscheine einem Parteigenossen gegenüber zwar etwas scharf, doch man habe sie (die Berliner) auf dem Parteitag auch nicht glimpflich behandelt. Fischer hätte mit der Niederlegung seines Mandats gedroht (Zuruf: er hätte es thun sollen!) und dadurch erreicht, daß ihm die Mehrheit des Parteitages beipflichtete. Doch die betreffenden Berliner Anträge würden sich immer wiederholen, wenn auch bei der gegenwärtigen Zusammenkunft der Parteitage, die meist aus Akademikern und Parteibeamten*) bestanden — nicht bald an ihre Annahme zu denken sei. Viele Delegierte hätten noch Schluß der Sitzung, als ihnen die Berliner Delegierten die Verhältnisse klargestellt hätten, ein ganz anderes Bild von der Diätenfrage erhalten und ihre vorherige Abstimmung bedauert. Dem Ausschluß Dr. Mühl's hätten die Delegierten des dritten Wahlkreises aus vollster Ueberzeugung zugestimmt. (Beifall.) Der Delegierte Börner berichtete zunächst über die Verhandlungen, die in Sachen der Agrarfrage gepflogen wurden. Die sehr erregte Debatte zwischen Schippel und Schippel sei zum Theil berechtigt gewesen, da Schippel, nach den Ausführungen Bebel's zu schließen, von Hause aus nicht den Standpunkt eingenommen habe, wie auf dem Parteitag. Es habe sich gezeigt, daß die jüngeren Mitglieder der Agrarkommission (Quard u. f. w.) gewissermaßen noch mit einem Fuß im bürgerlichen Lager ständen. Die Ansichten der Berliner Delegierten hätten sich im großen und ganzen mit den trefflichen Ausführungen Kautsky's und Schippel's gedeckt, weshalb auch sie auf dem Parteitag zugestimmt hätten. Börner verlas im weiteren Verlauf seiner Rede die Kautsky'sche Resolution, aus der zu ersehen sei, daß die Majorität des Parteitages die Agrarfrage richtig aufgefaßt habe. Dann referirte er über die Frage der Maiser. Er erntete für seine sehr sachlichen Ausführungen allseitigen Beifall. Ueber die übrigen Punkte berichtete Hoch. Wie die Abstimmung über fast alle Berliner Anträge erweise, scheinen die Delegierten aus der Provinz der Meinung zu sein, daß aus Berlin außer dem Gelde nichts geschicktes kommen könne. Besonders hätte sich Dr. Schoenlank in maßlosen Ausfällen gegen die Berliner Genossen gefallen. Auf der Kandidatenliste zum Vorstand hätten sich außer den Gewählten noch 7 Berliner Delegierte befunden, was natürlich die reine Ironie gewesen sei. Zum Schluß forderte der Redner die Versammlung auf, sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden zu erklären. (Zustimmung.) Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Diskussion vertagt. Schweiher richtete noch an die Genossen und Genossinnen den Appell, auch im neuen Geschäftsjahr, trotz aller Verfolgungen und Schmähungen durch die Gegner, ihre volle Schuldigkeit zu thun, und schloß die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Die nächste Versammlung wird kommenden Mittwoch im selbigen Lokal abgehalten.

Die Genossen und Genossinnen im vierten Wahlkreise waren in großer Zahl im Lokal von Fiebig versammelt. Die Erledigung der sehr wichtigen Tagesordnung wurde wesentlich erschwert durch das Verhalten einer kleinen Gruppe — ihren Reden nach zu urtheilen, waren es Anhänger des Herrn Wendisch — die fortgesetzt die Verhandlungen störte. Als Sprecher dieser Gruppe fungirte der Genosse Liebermann. — Für den Südboten erstattete Franz Schulz den Bericht der Vertrauenspersonen. Es sind vereinnahmt worden 11 888,81 M. und verausgabt 11 817,96 M., abgeliefert an den Parteivorstand wurden im letzten Jahre ca. 6900 M. Genosse Baumgarten gab über die Kassenverhältnisse des Ostens Auskunft. Die Einnahme betrug hier 10 888,90 M. und die Ausgabe 10 791,85 M., davon erhielt die Parteikasse 6800 M. Der vorhin erwähnte Liebermann meldete sich nun zum Wort und beschuldigte die Vertrauenspersonen, daß sie in einem Falle (Ziegenhirt) einem Parteigenossen, der im Interesse der Partei seine Gesundheit eingebüßt habe, nicht genügend unterstützt hätten. Baumgarten wies dagegen überzeugend nach, daß die Partei ihrer Pflicht in diesem Falle durchaus nachgekommen ist. Auf das Gesuchen der Revisoren hin wurde den Vertrauensleuten einstimmig Decharge ertheilt. Als Vertrauenspersonen für den Südboten wurden sodann Franz Schulz und Curt Schöke gewählt. Gegen den Genossen Wengels, der vom Osten wiederum vorgeschlagen wurde, machte Liebermann Einwände geltend, die zu einer ziemlich lebhaften Debatte führten, in der alle Redner gegen die von dem Vorredner befehlte Art des Kampfes Stellung nahmen. Wengels betonte, indem er auf das Material Liebermann's näher einging, daß lediglich mit Verleumdungen gegen ihn operirt wird. Die übergroße Mehrheit der Versammlung war derselben Ansicht, daß bewies die Abstimmung. Die Genossen Wengels und Thiele wurden als Vertrauenspersonen für den Osten gewählt. Genosse Weyer berichtete namens der Pressekommision, daß im verwichenen Jahre fast keine Beschwerden über den "Vorwärts" eingelaufen sind. Ohne weitere Debatte wurden die Genossen W. Böhm für den Südbot und W. Schulz für Ost in die Pressekommision delegirt. In die Agitationskommission wählte man die bisherigen Vertreter Schneider und Hoffmann.

Zur Beratung gelangte dann ein Antrag der Frauen, wegen der nötigen Propaganda unter der weiblichen Bevölkerung eine Genossin als Vertrauensperson zu ernennen. Eine Reihe Genossen sprachen gegen den Antrag, betonend, daß eine weibliche Vertrauensperson besser in öffentlicher Frauenversammlung gewählt werde; einige Redner hatten auch vereinsgefehlte Bedenken. Genosse Gröppler und die Genossinnen Wader und Rohlfad traten mit Wärme für den Antrag ein. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde dieser schließlich angenommen und Fel. Wader alsdann zur Vertrauensperson für die weibliche Bevölkerung des vierten Wahlkreises ernannt. Für die Lokalkommision gab Genosse Karl Schulz einen detaillirten Bericht. Genosse Wegener bemängelte, daß die Wirthe, die in der Propagandaperiode ihr Ehrenwort gebrochen haben, ohne weiteres wieder auf die Lokalliste gesetzt worden sind. Schulz wies nach, daß die Lokalkommision korrekt verfahren sei; hätten die Parteigenossen eines Kreises begründete Veranlassung, eine besondere Stellung gegen einen Saalbesitzer einzunehmen, so sei es ihnen unbenommen, in einer Kreisversammlung dahingehende Beschlüsse zu fassen. In die Kommission wurden gewählt Schulz, Büschel, Langner, Blum und Faber. Die Zeitungskommision wurde aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Böhm, Lehmann, Gesche, Rösche,

Weyer, Lorenz, Urban, Böhm, Galle und Lausche. Der Antrag, die Zeitungskommision zu veranlassen, Bericht zu erstatten, wurde mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit abgelehnt. Man beschloß vielmehr, den Punkt "Bericht vom Parteitag und Diskussion" in einer späteren Versammlung zu verhandeln. Die Versammlung wurde unruhig, als der mehrfach genannte Genosse Liebermann auf's neue den Versuch machte, sich in langathmiger Weise über den Fall "Ziegenhirt" und den Fall "Wengels" auszulassen. Genosse Frey sagte zu, daß Liebermann Gelegenheit gegeben werden soll, die Wichtigkeit seiner Anschuldigungen vor unparteiischen Genossen nachzuweisen. Genosse Singer nahm noch das Wort, um zu erklären, daß entgegen den ausgestreuten Gerüchten Genosse Wengels weder Unterstützung von ihm erbeten noch solche jemals erhalten hat.

Die Parteiversammlung für den 5. Wahlkreis tagte im "Alten Schützenhaus". Dübner legte zunächst Rechenschaft ab über die Thätigkeit der Vertrauenspersonen und über die Einnahmen und Ausgaben während der Zeit vom 7. November vorigen Jahres bis jetzt. Die Einnahmen betragen insgesamt 2419,12 M., die Ausgaben 2297,70 M., jedoch sind in den Händen der Vertrauensleute beim Rechnungsabluß ein Baarbestand von 121,42 M. bestand. Das Gesamtvermögen des Kreises einschließlich der vorhandenen Materialien beträgt 2229,12 Mark. Der Redner verwies am Schluß seines Berichtes darauf, daß sich, wie das ganze Leben im Kreise, auch dessen finanzielle Verhältnisse im letzten Jahre beträchtlich gebessert hätten. Es sei zu wünschen, daß die neu zu wählenden Vertrauenspersonen nach Ablauf des nächsten Jahres von weiteren Fortschritten berichten könnten. Den Vertrauensleuten Dübner und Drescher wurde Decharge ertheilt, nachdem von einem der Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt worden war. Die Decharge ertheilt sich jedoch nicht auf die Verrechnung alter Konten, die noch nicht ganz erledigt ist. Dübner berichtete dann kurz über die Arbeiten der Pressekommision, worauf Leuzer und Richter zu Vertrauensleuten gewählt wurden. Wernau wurde aufs neue in die Pressekommision, Basse und Späth in die Lokalkommision delegirt. Gelegentlich der letzteren forderte Müller die Genossen, welche in die Loge kommen, mit Saalinsobehrn betreffs der Abhaltung von Versammlungen und Arbeitersitzungen Vereinbarungen treffen zu müssen, dazu auf, von vornherein den Leuten die von der gesamten Arbeiterschaft Berlins festgesetzten Bedingungen entgegen zu halten. Widrigensfalls seien die Arbeiter selbst daran schuld, wenn die Bedingungen hinsichtlich der Redner, Musiker u. f. w. von den Wirthen nicht erfüllt würden. Nunmehr erstattete Drescher den Bericht über die Verhandlungen des Parteitages. Bei Berührung der Berliner Diätenanträge bemerkte er, daß er den Eindruck gewonnen, alle Anträge aus Berlin wären vom Parteitag so aufgenommen worden, wie von jeder die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion von der großen Mehrheit des Reichstages aufgenommen würden, d. h. sie wären schon abgelehnt gewesen, bevor sie noch eingebracht waren. Was den Diätenantrag speziell angehe, so werde dieser wahrscheinlich dem nächsten Parteitag wieder vorgetragen werden, wenigstens befrachte er (Redner) das. Den Antrag Hamburg, betreffend Befestigung der Nacharbeit in Trudereien, wo Parteiblätter hergestellt werden, hält Drescher für mit recht abgelehnt. Obwohl er in Sachen des Agrarprogramms der Resolution Kautsky zustimmte, erkennt er an, daß die Kommission ihre Schuldigkeit gethan und daß die Bestworter der Kommissionsvorschlüsse diese auf dem Parteitag sehr geschickt vertreten hätten. In den Vorschlägen wäre gegenseitig allerdings scharfe und treffende Kritik geübt worden, aber keiner der Kritiker habe bessere Vorschläge wie die Kommission machen können. Die Art, wie Schippel kämpfte, habe auf ihn einen schlechten Eindruck gemacht, wenn Schippel auch die Vorschläge gebührend abgeschlachtet hätte. Die Resolution Kronstabelle, wodurch eine Vermehrung der Mitglieder der Parteileitung um zwei Beisitzer erstrebt wird, empfiehlt Redner zur Nachsicht.

Nachdem er die hauptsächlichsten Beschlüsse des Parteitages der Versammlung vorgelesen hatte, schloß der Berichterstatter mit der Aufforderung an die Genossen, mit neuem Muth und neuer Kraft dem gekiesten Ziel zuzustreben und allen Anfechtungen würdig zu begegnen. (Beifälliger Beifall.) Die Debatte über den Bericht wurde bis zu einer nächsten abgehaltenen Parteiversammlung vertagt. Die Versammlung wählte schließlich noch ein Schiedsgericht, dessen Aufgabe es ist, festzustellen, ob ein Beschluß des Wahlvereins ausreicht erhalten werden könne, durch welchen vor zwei Jahren dem Genossen A. Fleischer das Recht abgesprochen wurde, in der Partei ein Ehrenamt zu bekleiden. Thatsächlich bekleidet Genosse Fleischer ein solches bereits, da er seit einiger Zeit dem Vorstände des Wahlvereins angehört.

Für den 6. Wahlkreis fand die Versammlung bei gutem Besuche im "Eckener Hof" statt. Sie nahm zunächst die Berichtserstattung und die Abrechnung der Vertrauenspersonen für das dritte Quartal entgegen. Farr (Moabit) hatte eine Einnahme von 2588,98 M., eine Ausgabe von 1129,90 M., einen Bestand von 1459,08 M. Waschowski (Oranienburger Vorstadt und Wedding) Einnahme 2688,88 M., Ausgabe 1875,60 M., Bestand 1260,88 M. Helbig (Nesenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen) Einnahme 2581,88 M., Ausgabe 1178,81 M., Bestand 1704,57 M. Augustin (Schönhauser Vorstadt) Einnahme und Ausgabe 3074,08 Mark. Die Parteispedition brachte einen Jahresüberschuß von 2559,02 M. Versammlungen wurden abgehalten 35. Augustin knüpfte an diesen Bericht die Mahnung, angeichts der gegenwärtigen Situation bedacht zu sein, die Partei-Einnahmen zu vergrößern sowie die Parteispedition immer mehr zu bestreiten. Auf Antrag der Revisoren wurden die Vertrauenspersonen einstimmig entlassen.

Die Neuwahl der Vertrauenspersonen ergab die Wiederwahl der bisherigen mit Ausnahme von Helbig, der eine Wiederwahl ablehnte. An seiner Stelle wurde Brinkmann gewählt. Ein Antrag der Genossin Krause, die Genossin Wersch als Vertrauensperson der Genossinnen für den sechsten Kreis zu wählen, wurde aus taktischen Gründen abgelehnt. An Stelle zweier auscheidender Revisoren (für Moabit und Schönhauser Vorstadt) wurden Meyer und Röhse gewählt. Nach einem Berichte der Pressekommision (erstattet durch Genossen Schmidt) und nach Erledigung einiger Beschwerden über die Pressekommision fand die Neuwahl der Pressekommisionmitglieder statt. Gewählt wurden Richter und Schmidt. In die Lokalkommision wurden nach einem Berichte über deren Thätigkeit und deren Fonds Schulz, Lausche, Hermann und Payer gewählt.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten nahm die Versammlung den Bericht über den Breslauer Parteitag durch den Genossen Kiesel namens der Delegierten entgegen. Dieser vertheidigte den abgelehnten Diätenantrag, darauf verweisend, daß durch den Antrag "nur" Parteibeamte getroffen werden sollten, und betonte, daß anderen Parteigenossen ebenfalls im Parteinteresse Ausgaben erwachsen, welche Opfer sie auch gern brächten. Ebenso vertheidigte Kiesel den Antrag betreffend die Abschaffung der Akkordearbeit in Parteitrudereien, der ebenfalls abgelehnt worden ist. Die Agrarfrage behandelte Kiesel in ausführlicher Weise, wobei er das Verhalten Bebel's gegenüber Schippel bedauerte. Weiter legte er Verwahrung ein gegen die Auslegung der Berliner Anträge durch die Genossen Dertel und Schoenlank. Delegirter Kiezy meinte, daß Kiesel die Sache der Berliner Anträge zu tragisch genommen habe. Die Antinomien gegen die Berliner sei nicht so groß gewesen, als es den Anschein habe. Fiebig hätte es lieber gesehen, wenn das Agrarprogramm nicht so kurzer Hand abgelehnt, vielmehr die Entscheidung noch auf ein Jahr zurückgestellt worden wäre.

Die Haltung Schippel's den Mitgliedern der Agrarkommission gegenüber hielt er für unerbötig; die Entgegnung Bebel's für nur gerechtfertigt. Jacobey gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Delegirte Kiezy in Beziehung auf Objektivität das Richtige getroffen habe. Der Berliner Diätenantrag hätte seiner Meinung nach auch auf Genossen, die nicht Parteibeamte sind und vielleicht materiell besser stehen als solche, ausgedehnt werden müssen. Ueberdies sei der Antrag kein speziell Berliner Antrag und werde immer wiederkehren, solange, bis jeder seine moralische Pflicht erkannt habe. Die Debatte über das Agrarprogramm hätten sehr viel genügt. Im übrigen sprach er sich gegen persönliche Streitigkeiten aus. Delegirter Eugen Ernst stand gleichfalls auf dem Standpunkte des Genossen Kiezy. Der Agrarkommission lieh er trotz seiner Gegnerschaft volle Gerechtigkeit widerfahren. Thierbach entschuldigte Schippel, ebenso wie Jacobey und Ernst, mit der Erregung, in der sich Schippel befand. Die Ablehnung des Antrages des Genossen Kronstabelle erklärte er vom demokratischen Standpunkte aus für gerechtfertigt. Auch den Diätenantrag hielt er für ungerechtfertigt. Er verlangte aber für künftig eine anständige Bekämpfung der Anträge und wandte sich in dieser Beziehung besonders gegen Schoenlank. Weitere Redner waren nicht eingezzeichnet. Folgende Resolutionen wurden angenommen:

1. Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden. Sie stimmt ferner der Resolution Kautsky voll und ganz zu und wünscht, daß, obwohl das jetzige Agrarprogramm mit recht abgelehnt wurde — es jeder Parteigenosse für seine Pflicht hält, die Landagitation mehr wie bisher zu betreiben und die Agrarverhältnisse genauer zu studiren.

2. Die heutige Parteiversammlung spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß ihr Antrag (betr. Diäten der Parteibeamten, welche über 3000 M. beziehen) in Verbindung gebracht wurde mit den elenden Verleumdungen der Braunschweiger Landeszeitung. Sie protestirt ferner gegen das Auftreten des Genossen Schoenlank gegenüber den Parteigenossen Berlins, weil es mit der Würde eines Parteitag's nicht vereinbar ist, in diesem Tone gegen eine Parteigenossenschaft Vorwürfe zu erheben, die an sich schon hin-fällig sind. Die Versammlung verpönt, trotz dieser Schmähungen ruhig, aber energisch für die Prinzipien der Partei weiter einzutreten und mit aller Kraft für die Aufklärung der noch rückständigen Elemente zu arbeiten.

Die Vertrauensleute wurden beauftragt, das Protokoll des Parteitages zum Selbstkostenpreise zu vertheilen, um dadurch eine größere Verbreitung zu ermöglichen.

In Charlottenburg tagte die öffentliche Parteiversammlung im Lokal "Wismarschloß". Hier berichtete Görke über den Breslauer Parteitag. Der Redner besprach den bekannten Verlauf der Verhandlungen und schloß mit dem Schluß unter Heiterkeit der Versammlung die lebhafteste Fürsorge, die die Polizei in Breslau den Delegierten angedeihen ließ. Nachdem mehrere Redner sich zustimmend zu dem Bericht geläuert hatten, bedauert Adam, daß das Programm der Agrarkommission strikte abgelehnt sei, ohne daß an Stelle dessen andere praktische Vorschläge zur Gewinnung der Kleinbauern gemacht worden wären. Demgegenüber vertreten Steigeritz und Görke die in der Kautsky'schen Resolution ausgedrückte Stellung des Parteitages zur Agrarfrage. Durch Annahme einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit der Haltung der Delegierten des Kreises auf dem Breslauer Parteitag einverstanden. Die bisherigen Vertrauensleute Ried und Görke berichteten dann über das abgelaufene Geschäftsjahr. Es haben 13 öffentliche Versammlungen — darunter eine Arbeitslosen-Versammlung — stattgefunden. Eine Agitationsstour im Kreise hatte guten Erfolg, auch ist das finanzielle Ergebnis der Partei-Expedition in Charlottenburg recht zufriedenstellend. Die Einnahmen der Vertrauensleute betragen 799,11 M., die Ausgaben 649,45 M., so daß ein Ueberschuß von 149,66 M. blieb. Zu Revisionen wurden die Genossen Weier, Sellin und Demuth gewählt. Da die bisherigen Vertrauenspersonen eine Wiederwahl ablehnten, wurden an ihrer Stelle die Genossen Schnell, Goethestr. 45, und Meißner, Schlüterstr. 9, gewählt.

Aus der Neuwahl der Lokalkommision gingen hervor die Genossen Riech, Schnerdt und Ob. Gericke.

Genosse Görke gab sodann eine Abrechnung vom Waldfest, welche ohne Debatte entgegengenommen wurde.

Genosse Sellin ersuchte um lebhafteste Theilnahme an den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Tokales.

Den Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß die Listen zu den Kommunalwahlen bei folgenden Gastwirthen eingesehen werden können: Für den 24. Kommunal-Wahlbezirk bei Albert Böhl, Räderdorferstr. 8 im Keller; für den 27. Kommunal-Wahlbezirk bei Schulze, Weberstr. 10.

Lieb Vaterland, laßst ruhig sein. Der Arbeiterverein für Pankow und Umgebung unternahm am 6. Oktober eine Kreisperipat nach Woltersdorf bei Mühlentbeck im Niederbarnimer Kreis. Als die Genossen an einem dortigen Gasthaus Station machten, fanden sich auch drei Gendarmen ein, die ohne weiteres den Kutscher notirten, weil er nicht sofort das Pferd abgestängt hatte. Kaum hatten sich die Genossen drinnen im Wirthshaus, und zwar in dem neuerbauten, an die Gaststube des alten Hauses anstoßenden Saale niedergelassen, da wurden sie von den Gendarmen aufgefordert, sofort den Saal zu verlassen, weil die Gebrauchsbahne noch nicht stattgefunden hatte. Natürlich kam man dem Gebote nach und playierte sich in der alten Gaststube, wo dann noch die Genossen aus Mühlentbeck und Schönwalde hinzukamen, so daß sich bald die munterste Unterhaltung entspann, wobei auch manch kräftig Liedlein gesungen wurde. Da der Wirth noch keine Konzeßion hatte, nahmen die Genossen das Bier auf eigene Rechnung.

Die drei Gendarmen wichen während der Kneiperie nicht vom Platz, sondern standen in dem großen der Gaststube und dem neuerbauten Saale befindlichen Zimmer, beobachtend, was die schrecklichen Sojt wohl anstellen würden und redeten eifrig auf den Wirth ein, um ihn zu warnen, Sozialisten Ungehörigkeiten begeben zu lassen.

Bierus Busch ist am Donnerstag Abend eröffnet worden. Das war kein so besonders leicht zu nehmendes Ereigniß. Berlin ist zu einem nicht unbedeutenden Theil und aufsteigend auch in einem nicht unbedeutenden Grade hippologisch — oder heißt es equestriß? — gebildet, und diese Bildung macht weder vor den höchsten noch vor den niedersten Schichten des Publikums Halt. Schon in früherer Abendstunde gab sich der Eifer der Pferdeverliebten an den Gallerielassen zu erkennen, allwo man wie zur Hungersnoth vor Wäderschären sich um ein Bisset fast die Hälse zu brechen hatte; und nicht lange dauerte es, so kam im langen Zuge Equipage um Equipage herangerollt, um die Schaaren der Bevorzugten müheles an die Ställe des Genusses zu bringen. Undächtlich bilden diesen Herrschaften diejenigen Spalier, die gar nichts haben, nicht einmal die fünf Nickel für die Gallerie, und die doch einen kleinen Abgang der Herrlichkeiten, die sich da drinnen anstehen sollen, leben möchten. Ein Stück dieser Tragik in all seiner Formlosigkeit. Schutzleute kommandiren in ihrer bekannten Berliner Manier und geduldig fügt sich die Menge zwischen dem unaufrichtigen Wagensgräfel, dem Eifer der Bedienten und dem gemeingefährlichen Schacher der Wäderschänder, die ihren Glanztag haben. Die Stunde kommt. Punkt halb acht bestimmen drinnen die zigenischen Ränke. Bis auf den letzten Platz scheint das weitgedehnte Haus gefüllt und immer noch hängen zu allen Eingängen neue Zuschauer herein. In das Gewoge dringen schon die feierlich abgezeichneten Mänge

*) Diese Behauptung wird von gewisser Seite noch jedem Parteitag wiederholt und ist mit ihr noch dem Erfurter Parteitag speziell auch von Weyer und Genossen operirt worden. Laut Ausweis der Präsenzliste waren unter den 227 Delegirten in Breslau etwa 40 Genossen, welche zu Parteigeschäften in Beziehungen stehen. Lausche mag man den Bericht oben stehenden Behauptung erweisen. D. N. d. V.

Aus der Domäne des Zentrums.

Die Reife zum Parteitag in Breslau hat einem Mitarbeiter der „Ab. Westf. Arbeiter-Zeitung“ Gelegenheit gegeben, sich mit eigenen Augen von dem ober-schlesischen Proletariat aus zu überzeugen; er faßt sein Urteil in die Worte zusammen: „Vor Oberschlesien verblaßt alles.“

Das erste, was uns in Zabrze (Sprich: Sabsche) aufstieß, so sagt er, war die ungemünzte Armut, fast lummige Kleidung der Bevölkerung. Fast alle Personen trugen längst aus der Mode gekommene, schmutzige und schlecht sitzende Röcke, Hosen etc. Die Weiber waren in unförmige Tücher gehüllt, aus denen Knochen und sahle Gesicht hervorstachen. Was den Westdeutschen aber besonders „anmutete“, war das fast durchgängige Barfußlaufen der Weiber und Kinder. Der Tag unserer Ankunft war ein Sonntag (!), aber nur wenige Frauen sahen wir, deren Füße mit Schuhen oder gar mit Strümpfen besetzt waren. Da zugleich regnerisches Wetter herrschte und in Oberschlesien gepflasterte Straßen etwas unbekanntes sind, so mag sich der Leser das Bild selbst ausmalen, daß diese barfüßigen Weiber, unter deren Tritten der Kot hoch aufstieg, boten. Ein weiterer Umstand, der uns zum Denken anregte, war, daß alle uns Entgegenkommenden, ob Mann, Weib oder Kind einen erschreckend stupiden Gesichtsausdruck zeigten. Kein Anzeichen geistiger Regsamkeit leuchtete uns aus den graugelben, hageren Zügen entgegen. Alles tobt, gleichgültig, erstarrt. Wo sich Lebhaftigkeit zeigte, da erkannten wir bald die Merkmale des Alkoholikers. Der Fasel wirkt hier als belebendes Element.

Unser Weg führte uns nach Zaborza (Dorf). Wie die Menschen, so die Wohnungen. Wenige Steinbauten, meistens Fabrikwohnungen, fast nur elende, einstöckige, mit Schindeln bedeckte Hütten. Aus den niedrigen Löchern, euphemistisch Thüren genannt, gähnte uns Schmutz und Elend in scheußlicher Vollkommenheit entgegen. Gebüch traten wir ein, den Elend unterdrückend.

Ein enger, kaum einen Meter breiter Gang. Der Boden unbelagt, verfaultes Stroh, Abfälle von Speisen liegen in den Ecken. Ein anderes Thürloch führte zur „Stube“. Die Wand entlang liegt Stroh. Auf Betragen erklärte man uns, daß dort die Familie schläft. (!) Mann, Frau und vier Kinder legen sich in ihren Kleidern zum Schlafen nieder. In einer Ecke befindet sich ein elender Ofen, auf dem das „Mahl“ bereitet wird. Welcher Art dieses „Mahl“ ist, brauchen wir wohl nicht zu erzählen. Es war uns nicht möglich, es länger in dieser stinkenden Höhle anzuhalten, schnell eilten wir ins Freie. Wer in eine solche „Wohnung“ tritt, der lasse alles Gefühl für Reinlichkeit draußen!

Und doch sind solche Räume noch nicht die schlimmsten. Unsere Genossen erzählen uns von Zimmern, bewohnt von sechs bis acht lebigen Arbeitern, deren ganzes Möbelgut aus einem Strohlager, „zum Bett“ für alle Wohnungsbewohner bestimmt, bestehe. Schauernd wendet sich der Kulturmenschen von diesem Bild menschlichen Elends ab. Das empörendste bei solchen Szenen ist aber, daß das Oberhaupt dieser so verkümmerten Familie täglich 10–12 Stunden in Dienst des Kapitalismus frohndet. Daß er unter Lebensgefahr der Erde die schwarzen Diamanten entreißen muß. Morgens früh um 4 Uhr wandert der Arme zur Grube oder Hütte, um dort in strenger Frohnude bis zum Nachmittag 3/4 Uhr, oft noch weit länger, zu schuften. Und doch verdient ein solcher Proletarier nicht einmal so viel, um einigermaßen menschenartig leben zu können. 2 bis 2,80 M. ist sein Tageslohn. Nur wenige verdienen mehr; über 3,50 M. pro Tag verdient sehr selten der ober-schlesische Bergmann. Wollt nicht das Blut, wenn man daran denkt, wie ein Mensch trotz harter Arbeit in solch unmenschlicher Weise sein Dasein fristet?

Arm, schrecklich arm ist das ober-schlesische Volk. Wir geben gern zu, daß der Fasel einen guten Teil des Lohnes frisst. Aber ist das nicht erklärlich? Wo jede geistige Beschäftigung fehlt, wo strenge, lang anhaltende Arbeit den Körper vernichtet, wo durch Gemüthsleid seit Alters her Schmutz und Elend den Proletarier verfolgen, will man da sittliche Maßstäbe an die Verworfenheit legen? Nur Pharisäer und Heuchler können dies, der ehrliche Mensch hat hier nur Mitleid, kein Verdammen.

Wendts sahen wir im Hause eines Genossen, inmitten einer guten Anzahl von Berg- und Hüttenmännern. Die polnische Sprache, die hier durchweg gesprochen wird, erschwerte das Verständnis und wir mußten oft zu einem Dolmetscher greifen. Aber was wir hörten, genügte uns vollkommen. Wir sahen hinein in einen solchen Abgrund von Jammer, Noth und Kummer, daß wir oft sprachlos da saßen. Schlechter Lohn, schlechte, brutale Behandlung, unglaublich niedrige Lebensweise, völlig unzureichende Wohnung, das sind die immer wiederkehren-

den Hauptpunkte in den Klagesiedern der ober-schlesischen Berg- und Hüttenleute. Grauenvoll klangen oft die Schilderungen, deren Wahrheit von dem hageren, verhungerten Gesicht des Erzählers bestätigt wird.

Die Beobachtung der Staatsgesetze seitens der Unternehmer ist in Oberschlesien einfach lässig — wir müßten eigentlich einen viel schärferen Ausdruck gebrauchen. Gruben- und Hüttenpächter schalten zum theil unbefehligt, folgen selbst gegebenen Verordnungen. Die völlige Unwissenheit des armen Volkes wird auf das schmachlichste gemißbraucht. Mit Verwunderung lauschen die armen Leibeigenen, wenn wir ihnen die Bestimmungen der Sozialgesetzgebung Deutschlands erklären. So dürftig diese auch sind, in Oberschlesien stehen sie größtentheils nur auf dem Papier. Was der Herr Ortsvorsteher, der Gendarm und der Industriebeamte dekretirt, ist hier Gesetz.

Ganz besonders aber war es ein Faktor, auf dessen Haupt sich die grimmigsten Vorwürfe häuften: Die Geißlichkeit, oder wie die Leute hier sagen: Die Heiligkeit.

Man muß den tiefreligiösen Charakter des ober-schlesischen Volkes kennen, um diesen Haß gegen die Geistlichen voll würdigen zu können. In den polnischen Ländern spielt der Klerus die erste Geige. Was er sagt, ist ein Evangelium. In allen Wohnungen, die wir besuchten, und es waren nicht wenige, trifft man Heiligenbilder, Kreuzkrone, Weihwasserlöcher u. s. w. Die Predigten sind besucht wie nirgendwo. Der übliche Gruß lautet: „Gelobt sei Jesus Christus!“

Und doch dieser tiefe Haß gegen die Vertreter der Christlichen Liebe! Wer schärfer sieht, erkennt auch bald die Ursache. Offen nennt man die Geistlichkeit die Verbündeten des Kapitals. Es werden Erzählungen kolportirt, deren Richtigkeit wir nicht kontrolliren können. Daß aber solche den Klerus diskreditirende Sachen hier verbreitet und allgemein geglaubt werden, läßt tief blicken. Es ist nicht der Haß gegen die Religion, sondern nur gegen die Verländer derselben, die Priester, was so sehr zu denken giebt. Der Oberschlesier geht immer noch zur Kirche, wenn er auch den amtierenden Pfarrer haßt. Nur gegen die Person desselben richtet sich sein Grimm.

Schlamm, sehr schlamm müssen es manche Geistlichen hier getrieben haben. Arg müssen sie mit der Vertrauenseligkeit ihrer Gläubigen umgesprungen sein, sonst wäre eine solche tiefgehende Abneigung nicht denkbar. Soll der Strom der Empörung dort in Oberschlesien einmal die heute noch bestehenden Ufer über-treten, dann ist bei dem leidenschaftlichen Charakter der Slaven das schlimmste zu befürchten.

Angesichts solcher elenden Zustände, wie sie hier im östlichen Theile Deutschlands herrschen, muß man sich doch fragen: Wo ist denn das Zentrum, dessen jahrzehntelange unumschränkte Herrschaft in Oberschlesien auch jetzt noch besteht? Wo ist die Partei, die so oft sich als die erste Arbeiterpartei geriet? Hier in Oberschlesien giebt es wenig Sozialdemokraten, von Gott hergeleitet, um die fürsorgende Thätigkeit der Ultramontanen zu verhindern. So wenigstens lesen wir oft, sollen sich die Sozialisten in den Gegenden, in denen sie herrschen, dem Zentrum gegenüber verhalten.

Wir gestehen nochmals: Nie sahen wir größeres Elend einer Arbeiterklasse, wie hier in Oberschlesien; niemals trafen wir größere bürgerliche und m. r. l. Degeneration als gerade hier — und doch steht hier der Zentrumsturm noch unerschüttert. Unbefehligt beherrscht hier der Klerus die Geister, jede Auslieferung gegen seine Autorität erfolgreich niedererschlagend. Was hat nun das Zentrum für die elenden niederschlesischen Proletarier gethan?

Noch eins! Es wurde uns erzählt, die fiskalischen Gruben seien gegenüber den sogenannten „herrschastlichen“ Gruben (Privatgruben) „noch Gold“. Auf den königlichen Gruben und Hütten herrsche ein viel größeres Maß von persönlicher Freiheit für die Arbeiter, als in den Privatbetrieben. Wir begaben uns auch zu den bei Zaborza-Dorf liegenden Schächten der Wolfganggrube. Draußen auf den Abfahrsstellen waren fast nur Frauen und Mädchen beschäftigt, die gefährdeten Kohlen zu verladen. Im fürchterlichen Schmutz barfuß (!) oder nur mit Pantinen bekleidet, quälte sich hier der schwächere Theil des Menschengeschlechts an schweren Karren und Wagen. Wir brauchen das Bild nicht weiter auszumalen. Man bedenke nur: barfuß, schlecht bekleidet und dabei der Kohlenstaub. Das waren nun die Mütter der ober-schlesischen Bevölkerung. Was für Kinder ein Wesen gebären wird, das tagaus tagein den dichten Kohlenstaub einathmet, ist leicht zu denken. Die blaffen, kropfphösen Kindergesichter, denen man hier auf Schritt und Tritt begegnet, sagen genug.

Diese weiblichen Arbeiter erhalten nun für ihre harte zehnrundige Arbeit pro Tag 80 Pf. bis 1 M. Von der Arbeit dürfen sie sich auch beim schlechtesten Wetter nicht bewegen. Ob

es regnet, schneit oder ob die Sonne brennt, diese Elenden müssen schuften, der Witterung preisgegeben. Das Essen dieser Kerlchen besteht in trockenem Brot und vielfach wird Schnaps dazu genossen.

Und wem gehören die Schächte der Wolfganggrube? Einem der berufensten Vertreter des Zentrums, dem Grafen Ballström!! Der anerkannte Führer jener Partei, die uns Sozialisten immer die „Vernichtung der Familie“ vorwirft, sorgt in anerkenntenswerther Weise dafür, daß die ober-schlesischen Familienverhältnisse immer mehr gerätet werden.

Wer das sozialpolitische Wirken des Zentrums in seiner „ganzen Späure“ begreifen will, der komme hier zur ultramontanen Domäne Oberschlesien.

Soziale Rechtspflege.

Gewerbegericht. Speziell für Schlichter, aber auch für Angehörige anderer Berufe, welche auf Stellennachmittler, Arbeitsnachweise etc. angewiesen sind, ist eine Rechtsanschauung von großer Bedeutung, welche der Vorsitzende der Kammer 6, Magistratsassessor Leo, nach der Erledigung eines Lohnentschädigungsprozesses vortrug, der in einem Vergleich auslief. Die Arbeitsvermittlungsinstitute bewirken meistens, (die sogenannten Kommissionäre ausschließlich) die Erledigung der bei ihnen eingegangenen Bestellungen in derart, daß sie die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte mit einer „Engagementskarte“, welche gewisse grundlegende Arbeitsbedingungen enthält, zu ihren Auftraggebern senden. Mit einer solchen Karte versehen, auf welcher die Lohn- und Entlassungsbedingungen verzeichnet waren, kam der Schlichter S. am 29. September, einem Sonntage, zu dem Schlichtermeister Cosbach, der sein Arbeitgeber werden sollte. Cosbach war nicht anwesend und so wurde der etwas angetrunkene S. in den ihm zugedachten Schlafraum untergebracht, ohne daß der „neue Meister“ ihn zu Gesicht bekommen hatte. Als dieser dann um 11 Uhr nach Hause kam, war es ihm angeblich nicht möglich, von dem verschlafenen S. die Karte zu bekommen. Dies ärgerte ihn und da ihm am anderen Morgen deuchte, S. habe Kagenjammer, ließ er denselben erst gar nicht die Arbeit antreten und wies die ihm nun angebotene Karte zurück. S. beantragte darauf beim Gewerbegericht, Cosbach zu einer sebtägigen Lohn-, Kost- und Logisentschädigung zu verurtheilen, weil derselbe ihn wohl zum 29. September engagirt, aber nicht in Arbeit gestellt habe. Kläger berief sich auf die Engagementskarte, nach welcher er nur Sonntags und zwar bis 2 Uhr nachmittags hätte entlassen werden können. Ein Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden Leo wurde von den Parteien angenommen, worauf der Vorsitzende folgendes ausführte: Das Arbeitsverhältnis wäre erst perfekt geworden mit der Abgabe der Karte und ihrer Annahme durch den Beklagten. Die die Dinge lagen, habe also noch gar kein Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien bestanden und der Beklagte wäre an und für sich nicht verpflichtet gewesen, die Karte zu nehmen. Es hätte ihm freigestanden, den Kläger einzustellen oder nicht. Auch hätte der Kläger, wenn ihm aus irgend einem Grunde der Meister, zu dem er kam, nicht gefiel, die Abgabe der Karte verweigern und unbefehligt seiner Wege gehen können. Schon weil die Karte nicht abgegeben war, hätte der Kläger keinerlei Rechtsansprüche an den Beklagten, das juristische Recht sei also auf Seiten des Beklagten. Inzwischen habe der Gerichtshof einen Vergleich für die beste Erledigung dieses Prozesses gehalten und denselben deshalb befürwortet.

Reichs-Versicherungsausschuss. Unfälle bei freiwilligen Hilfeleistungen in Betrieben, in welchen die betreffenden Arbeiter nicht ständig arbeiten, werden unter Umständen als entschädigungspflichtige Betriebsunfälle angesehen. Der Arbeiter Zöllner verdiente sich seinen Lebensunterhalt damit, daß er beim Verladen von Räben, Jüder u. s. w. in bereitstehende Eißbühnen half. Er war nicht fest angestellt, fand sich aber regelmäßig an Ort und Stelle ein, da er wollte, daß er Beschäftigung finden würde. Im Oktober 1893 hatte er an zwei Tagen für einen Schiffer Jüderfacke verladen, welche Arbeit er am folgenden Tage fortzusetzen hoffte. Obwohl am nächsten Vormittage nichts zu thun war, blieb er auf der Betriebsstätte, da für den Nachmittag wieder Beschäftigung in Aussicht stand. Während J. wartete, geschah es, daß ein Schiffer sich vergeblich bemühte, seinen Kahn loszulassen, den er an einen Dampfer hängen wollte. Es hauchte zur Zeit ein furchtbarer Sturm, der den Kahn immer wieder an das Nachbarsschiff herantrieb. Hilfebereit sprang der Besitzer desselben, der Arbeitgeber des Zöllner vom Tage vorher, dem sich vergeblich abmühenden Berufsgenossen zur

Kunst und Wissenschaft.

Zu Berliner Theater hat „Die Grille“ der selbigen Birch-Pfeiffer ihre stöbliche Auferstehung gefeiert und so darf man sich nicht verwundern, daß auch die sogenannten Novitäten des Berliner Theaters altväterlichen Anstrich bewahren. Am Donnerstag gab man eine neue Komödie „Nachruhm“ von Robert Misch und errang mit wohlfeilen Mitteln einen wohlfeilen Erfolg. Wie in der „Grille“ die mißachtete Bauerntugend triumphirt, so triumphirt im „Nachruhm“ das schände verlassene Künstlergenie, und wenn freut derlei mehr, als den braven Mann im Parkett des Theaters? Zu dem hungernden, verjagten Komponisten Roland kommt der reiche prorgige Seifenfabrikant, Präsident der Liedertafel. Der mißhandelt mit seiner robusten, in greller Karrikatur vorgetragene Philisterhaftigkeit den verwöhnten Musiker, bis dieser die Geduld verliert, lieber auf das nahrhafte Amt eines Dirigenten der Liedertafel verzichtet und dem Seifenfabrikant die Thür weist. Darüber große freudige Gemüthsregung im Publikum. Denn so viele Seifenfabrikanten da unten im Zuschauerraum sitzen mochten, jeder einzelne ist höchlich froh, daß er nicht sei, wie sein Vorbild auf der Bühne, und dieselben Leute, die im Leben den Komponisten einen heillosen Narren nennen würden, klatschen im Theater seiner Savour Beifall. Man glaubt es kaum, welchen Seelenadel ein tiefgerührtes Publikum an einem einzigen Theaterabend aufzubringen im Stande ist. Dem armen Komponisten geht es täglich schlechter. Seine Lieder werden nicht gedruckt, seine Oper wird nicht angenommen. Dem Genie grinst überall die Dummheit entgegen. Verzwweifelt verläßt der Komponist Heimath und Weid und geht nach Südamerika. Inzwischen aber ereignet sich das Wunderbare, das Theatermärchen. Ein Gerücht taucht auf: der Musiker, der vernichtet wurde, habe sich im Bierwaldstädtchen ertränkt. Das Gerücht wird geglaubt und ihm hat der Künstler das Glück zu verdanken, bei Lebzeiten seinen Nachruhm kosten zu dürfen. Der unglückliche Selbstmörder wird über Nacht berühmt. Die Verleger reihen sich um seine Kompositionen, die Direktoren um seine Oper. Die banausischen Tadler von ehedem schreiben die glänzendsten Nekrologe; die Seifenfabrikanten werden Enthusiasten. Ein längst und oft bewährter theatralischer Spaß! So hat den Komponisten der natürlich aus Amerika heimkehrt, der glückliche Zufall ans Ziel geführt. — Das Gemenge aus Sentimentalität und Possenlust wurde von den Darstellern mit breitem Behagen gespielt.

Aufdringlich thaten sie im Stil der Komödie alle; die Guten im Stücke untertrichen ihre naive Gemüthlichkeit und die Bösen trugen ihren rohen Unverstand gar grausam zur Schau.

Zu Cassin's Verlagsanstalt ist soeben ein Kunstblatt in Kupferdruck erschienen: Gedächtnisblatt zur Vollendung des neuen Reichstagsgebäudes. Dasselbe ist eine vorzügliche Reproduktion des Franz Würbel'schen Kolossalgemäldes, das die Mitglieder der Reichstags-Parlamentarier sowie die übrigen Mitarbeiter am Reichstagsgebäude: Künstler, Kunsthandwerker und Handwerker am Reichstagsgebäude gruppiert zeigt. Von den letzteren beiden Kategorien mag so mancher nur in seiner Eigenschaft als Firmen-träger aufgenommen sein, während eigentlich die hier natürlich fehlenden Arbeiter auf dem Bilde figuriren sollten. Vielleicht drängt sich auch dem einen oder anderen die Frage auf, wie so denn der Herr Direktor Knaal in diese Gesellschaft komme. Die Gruppierung der 270 Porträts ist sehr geschmackvoll und geschickt, die Porträthüllichkeit geradezu vorzüglich. — Geheimnis des Künstlers bleibt es, warum der Schöpfer des Panes — Ballot — so in den Hintergrund gedrängt ist, daß man ihn förmlich suchen muß, während umgekehrt die Porträthülfe des jetzigen Kaisers so — sagen wir — hyperloyal in den Vordergrund gestellt ist. Nach den Urtheilen, die er über den Bau als den „Gipfel der Geschmacklosigkeit“ gefällt haben soll, ist es fraglich, ob er selber sich dadurch so geschmeichelt fühlt, wie es vielleicht die Absicht des Künstlers gewesen. Der Preis des Kunstblattes — 70 M. ohne, 100 M. mit Rahmen — ist, so hoch er klingt, verhältnißmäßig nicht theuer. Das Originalgemälde ist z. B. im Saal 23 des Reichstagsgebäudes ausgestellt.

Unser Genosse und Mitarbeiter, der italienische Abgeordnete Professor Enrico Ferri befindet sich angeblich in Brüssel, wo er an der „Freien Universität“ einen Zyklus von Vorträgen hält.

Literarisches.

„Menschenopfer unerhört!“ Bedenken gegen den Religionsunterricht. Von Runo Faust. Leipzig 1895. H. Schupp. 30 Pf. Der Verfasser der kleinen 21 Seiten langen Broschüre betont, daß der christliche Glaube und die christliche Welt-

anschauung sich im Widerspruch mit der modernen Weltanschauung befinde, welche zum großen Theil auf den Errungenschaften der modernen Wissenschaft beruhe. Obwohl dies eine Unsinnsweisheit ist, ist die Wiederholung, Betonung und Darlegung derselben der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber, welche sich in den tonangebenden Kreisen heute so fromm anstellt, nicht überflüssig, sondern nützlich zu nennen, und hätte daher dieser erste Theil der kleinen Broschüre eine etwas eingehendere Darstellung verdient.

Der Verfasser zieht dann den selbstverständlichen Schluß, daß der konfessionelle Religionsunterricht überflüssig und geirrend, ja durch seinen Gegensatz zu der Weltanschauung, die durch die übrigen Unterrichtsweige und das Leben herangebildet werde, geradezu schädlich sei. Besonders schädlich ist der Religionsunterricht in sittlicher Beziehung; es ist ja ganz klar, daß eine Sittlichkeit, welche sich auf der Religion aufbaut, mit dieser selbst ins Wanken kommt. Die Religion aber wird im Bewußtsein jedes modernen Menschen, selbst bei den aufrichtig Frommen, mindestens eine zeitlang stark erschüttert. Daß sehr viele dann mit der Religion zugleich jeden sittlichen Halt verlieren, ist eine traurige Thatsache, für welche die bodenlose Gefährlichkeit speziell der sogenannten besser gebildeten Jugend keines Zeugnis ablegt. Gerade aus diesem Grunde müßten selbst die Frommen im Lande der Begründung einer vom religiösen Bekenntnis unabhängigen Ethik das Wort reden. Nachdem Verfasser den genannten Punkt gestreift, jedoch nicht genügend beleuchtet hat, wendet er sich an die deutschen Lehrer mit der Aufforderung, sich zu dem offenen Bekenntnis zu ermannen, daß der Religionsunterricht aus der Schule zu beseitigen und durch einen allgemeinen Moralunterricht zu ersetzen sei.

Eine solche Aufforderung ist in heutiger Zeit ganz überflüssig; der Verfasser sagt selbst einige Zeilen vorher, daß die deutschen Lehrer noch unter dem Einfluß der Kirche stehen und garnicht im Stande sind, einmüthig die Beseitigung des Religionsunterrichtes zu verlangen. Sie würden auch schon anlaufen. Die absterbende bürgerliche Gesellschaft hält die Kirche für ein Institut, das sie zu ihrer Aufrechterhaltung braucht; deswegen muß sie gehagt und zerlegt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß ab und zu ein Fiercer Gottes sich erhebt, auch einmal den heuschreckenden Klassen ins Bewußtsein zu reden. B.

Central-Leihhaus-Ausverkauf, Institut für Gelegenheitskäufe, 72 Jäger-Strasse 72

10 000 moderne Winter-Paletots und Winter-Anzüge, neu und einzig in seiner Art in Berlin. In besten Stoffen und neuesten Mustern von M. 9, 12, 15, 20, 36 (Vrady-Exemplare). Knaben- und Jünglings-Anzüge. Monats-Anzüge, in den feinsten Verhältnissen nach Maß bestellte Sachen und ca. 1 Monat getragen (auch für corpulente Personen passend), Joppen und Schlafmäntel, Geh- und Reise-Plätze, goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren, Ringe, Ketten. Alles fabelhaft billig. Hohenzollern-Mäntel mit langer Falten-Pelerine bei uns von 20 Mark an. Ein Besuch lohnt uns die Rundschau. Sonntags von 7-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umgang passende Gelegenheits für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer, Pensionate etc. In meinem entworfenen größten Möbelmagazin, Neue Königstrasse 59, L., sollen sofort circa 300 Wohnungseinrichtungen, bestehend aus gewöhnlichen und neuen, nur gelegenen Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertrieben gewesener Möbel, welche noch fast neu sind, und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungseinrichtungen für 50, 100, 200 Mark zu liefern, ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500-6000 Mark, also billiger als jede Konkurrenz und billiger als in jedem Ausverkaufsgeschäft wegen Umzug, Hausabzug etc. Zweifelslosung gestattet, wann immer ohne Anzahlung, ohne Preisveränderung. Kleiderständer 12 Mark, Kommoden 6, Schrankständer 12, Stühle 3 Mark. Neue Kuchenschrankständer und Verticors 20 Mark, Kuchenschrankständer und Verticors 25 Mark, Verticors mit Matrassen und Kissen 18 Mark, Sophas 18, Säulen-Kleiderständer, hochlegant 24 Mark, Truhen mit Säulen und Kugelhähnen 20, Kuchenschrank, Herzenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsecretäre 20 Mark, Büchergarnituren 20 und 100 Mark, Pianinos, Pianesophas 75 Mark. Kuchenschrank, Kuchenschrank mit Spiegelrahmen, Kristallleuchten, Gaiselorgeln, Salongarnituren, Portieren, Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Fenstereisen etc. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein entworfenes größtes und billigstes Möbelmagazin zu besichtigen und von den Nummern billigen, aber festen Preisen zu überzeugen. Nur Überzeugung macht noch das Ansehen leicht nicht. Gefasste Möbel können 2 Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Bedienung transportiert und aufgestellt auch nach außerhalb.

Hut-Engros-Geschäft

Alvin Sufmann, Holzmarktstrasse 38, part. rechts, an der Preolauerstrasse. Ganz neu eingetroffene Form „Elegant“ mit extra Ausstattungen per Stück Mk. 2,40 und 2,80. Steife und weiche Herrenhüte von Mk. 1,75, 2,-, 2,40, 2,80. Kinderhüte von 1 Mk. an. Cylinderhüte von 4,50-10 Mk. In jedem 1. Feiertag bleiben meine Geschäftsräume fest geschlossen.

Weihnachtsgeschenke für vier Mark

zwei Cabinet und zehn Visitenphotographien auch nach eingesandten Bildern, sowie Vergrößerungen, Gruppenbilder, Grab- u. Hausaufnahmen liefert billigst W. R. Böhme, Photograph, Berlin, Lindenstrasse 43, gegenüber der Zimmerstraße. Atelier auch Sonntags bis vier Uhr nachmittags geöffnet.



Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner Teppiche!! Gardinen!! Feinewaren!! Portiüren!! Steppdecken!! Fertigen Wäsche!! zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum **Ausverkauf.** Am Stadt- J. Brünn, Hackescher Ecke Neue bahnhof. Börse. Markt 4. Promenade.

Künstl. Zähne 2 M. Vollkommen schmerzlos, Zahns. u. Nervtöden 1 M., Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr

Neueste Winterhüte

für Damen u. Kinder, garnirt u. ungarirt, empf. in reichster Auswahl zu billigsten Preisen Th. Sabor, Oranienstr. 204, zwischen Heinrichsplatz u. Mantuffelstraße. [9457L*]

Möbel-Fabrik

und -Lager kompletter Wohnungseinrichtungen empfiehlt in jeder Holzart zu den billigsten Fabrikpreisen 3428E

Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO., Skalitzerstrasse 6 (früher Sebastianstrasse 20).

Nordhäuser, Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine! Ein kleiner 5 Pf. Carl Schindler, Str. 1 M. alter 5 Pf. 55. Chaussee-Strasse 55. Pl. 1 M.

Ananas-Bowle

ausgezeichnet, à Pl. 60 Pf., 10 Pl. 5,50 M. inkl. Johannisbeerwein, herb à Pl. 60 Pf., Dessortwein, süß 75 Pf. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Liter 1,20 M. Alter Portwein u. Malaga, à Pl. 1,50 M., 10 Pl. 13,50 M. inkl. Medicin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co., 6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81. 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27

Achtung! Kaufen Sie nur echte Branntweine, alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak. O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26. Kleinverkauf von 10 Pf. ab.

Carl Tacke, Annenstr. 42-43, (City-Passage). Restauration und Destillation, gr. Frühstück- und Abendtisch. Franz. Billard.

Bereinszimmer m. Piano zu vergeben, Dienstag M. Schlüsselbund verloren, Gitschinerstr. abzug. d. Dettler, Bräuerstr. 52, S. 2 Tr. 9886

Herren-Hüte 85 Pf., 1 M., neueste Façons verkauft das Fabrikkomptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 L. Sonnabends geöffnet bis 10 Uhr abends. Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr.

Achtung! Güte mit Arbeiter-Kontrollmarken bei W. Rother, Sargmannstr. 15. 917b

Stieglitz, Zeilige 1 M., Hänflinge, Finken 75 Pf., Fretchen, Vogelleim, Schlagnehe, Vogelstiefeln, Dwe. M. Redtmann, Grüner Weg 65. 944b

Achtung! Rühl. Zähne v. 8 M. an, Theilgebentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöden usw. (inkl. Gabel, Laufhager Platz 2. Gassenerstr. 12.

Reell und billig kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hiltshcke, gegründet 1872, Staligerstr. 13, Ecke Kommodenstraße, am Kottbuscher Thor. 1867E*

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schutzmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 3223L* S. F. Dinslage, Kottbuscherstr. 4, Hof part.

Cigarren! M. Winkelmann, Kederstr. 154. Hosen! Hosen! billig Pfandleibe Staligerstr. 13.

Hört, hört! für 9 M. liefern feinste Hosen n. Raab Krausenstr. 14, L. Stiefel spiz u. halbr. verk. billig 3 bis 3,75 M. jezt Päckchenstr. 11.

Ein mahag. Kleiderständer ist billig zu verkaufen. Krüger, Ratiborstr. 17.

Englischer Garten Alexanderstr. 27c. Besondere Umstände halber ist ein Saal für 200 Personen zur Mastenballzeit unentgeltlich zu vergeben. [8906L*]

E. Krutenberg's Restaurant u. Stehbierhalle, 13 Königsbergerstr. 13. Borg. Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Ausschank von Münch. Brauhaus, Kulmbacher, Potsdamer Stangenbier, ff. Weisen etc. Kleines Vereinszimmer noch mehrere Abende frei. 8508E*

Mart. Berndt's Bierstube empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: ff. Eisbein. Für gute Biere ist selbstverständlich beständ. Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen-Ecke.

Boltz' Festsäle, S., Alte Jakobs-Strasse 75. Dienstag u. Donnerstag: Spezialitäten-Vorstellung. Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Telephon Amt 1, 1089. 8294E*

Paster's Festsäle Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenzimmern noch einige Sonnabende zu vergeben. [8391L*]

Paul Kobus, O., Nagaerstr. 127, empfiehlt sein Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal. Gr. Vereinszimmer mit Piano.

Empfehle mein vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier 890b Timreck, Restaurat., Inselstr. 1.

Hierdurch zeige allen Freunden und Bekannten an, daß ich Staligerstr. 34 ein Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal eröffnet habe. Mittagstisch à 50 Pf. Gleichzeitig ist noch ein Vereinszimmer zu vergeben. Um geneigten Zuspruch bittet 942b Wilhelm Otto.

Vereinszimmer mit Piano empfiehlt D. Wörner, Kaffeehausstr. 10a. 890b

Jed. Sonnab. Gänseausp. b. Gänser-Staligerstr. 123. Brennspirit. Str. 21 Pf.

Ein Vereinszimmer für 40-50 Personen ist zu vergeben. Dasselbe wird auch ein Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag gesucht. Buttmanstr. 17 beim Restaurateur.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die geahnte Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Neu! Für nur 8 M. - (Fabrikpreis)

verf. 1 brillante, extra solid gebaute, ca. 85 Zentimeter gr. Konzert-Zug-Harmonika mit: 10 Tasten, 2 Registerzug, 2 dopp. Hähnen, vollst. ff. Nickelbeschl. u. Zubehör, ff. Ausstatt., Harten, breiten, unzerbrechl. pol. Tongungen, schöner, voller, doppeltstimmiger Orgelmusik, gr. u. weit ausziehbarer Bass, Doppelbass; jede Falte ist m. Stahlstützen versehen, wodurch Beschädigung unmögl. Wirklich großes, a. bestem Material gearbeitetes Pracht-Instrument (keine sogenannte Export- oder Marktwaare). Jed. Käufer erhält auch eine neue praktische Schule zum Selbsterlernen umsonst, wonach gleich die schönsten Lieder, Tänze, Märche, Choräle etc. gespielt werden können. Umtausch gestattet. Garantiechein wird beigelegt. O. C. P. Mithor, Hannover, Harmonika- und Musikinstr.-Fabrik in Hannover II, Steinthorfeldstraße 19.

NB. Allen werthen Bestellern gebe noch 1 ff. Musikinstr. umsonst, nur damit sie sich von der Güte und Preiswürdigkeit meiner Fabrikate überzeugen können. D. D.

Hut-Bazar.

Jeder Hut 2,70 M. Hochelegante Ausstattung. Oscar Pusck Brückenstr. 10b.

Skalitzerstrasse 109.

Durch Kassa-Einkäufe und billiger Laden-Mietho bin ich in der Lage, jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten. Ich verkaufe zu nachstehend verzeichneten Preisen: 8581E* Hocholeg. Knaben-Anzüge v. 3,- M. an Burschen " 6,50 " " Herren-Jaquett-Anz. 15,- " " Knaben-Pellerinen-Mäntel " von 4,50 M. an Burschen-Pellerinen-Mäntel " von 9,50 M. an Winter-Paletots v. 10,- M. an Arbeitshosen " von 1,25 " " Elegante Stoff-Hosen " 3,50 " " Adolf Lapotka, Schneidermeister.

!! Teppiche!!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbenfehlern in Germanien, Brüssel und Pilsach zu spottbilligen Preisen. Größe 188x200 cm = 5,-, 5,-, 8,50 M. 170x250 " = 5,75, 11,50, 13,50 " 200x300 " = 8,50, 13,-, 17,- " in reiner Wolle, das Stück 2,00 M.

Portiüren in allen Farben, reine Wolle, 160 x 200 cm, das Stück 5,50 M.

Steppdecken Otto Büchler, Berlin C., Königstr. 26, Ecke Klosterstr. Versand-Abtheilung D.

Hört! Für 88 M. liefern ff. Winter-Paletot u. Raab Krausenstr. 14, L.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
Sonntag, den 27. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, in Albrecht's Salon,
Memelerstraße 67:

Öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über:
„Glaube und Vernunft.“ 2. Diskussion.
Nachdem: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
Entree 10 Pf. 954b

Albumarbeiter und Arbeiterinnen.
Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher in Albumfabriken beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen
bei Rautenberg, Oranienstraße 180.
Tages-Ordnung:
1. Die traurige Lage in unserm Beruf und ist eine Verbesserung herbei-
zuführen? Referent: Kollege A. Sailer. 2. Diskussion. 3. Die Vorteile
des Vertrauensmänner-Systems eventuell Wahl eines Vertrauensmannes.
4. Verschiedenes. 24/2
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Bau-Anschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 27. Oktober 1895, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Köllig,
Neue Friedrichstraße 44:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes.
4. Fragelosen. 33/9
Die Mitglieder werden auf § 9 des Statuts aufmerksam gemacht.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! **Achtung!**
Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Märkischen Hof,
Admiralstraße 180:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Ursache der Arbeitslosigkeit bei Link & Godenschwäger,
Piano-fabrik, Elisabeth-Ufer 11. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
142/6
Der Vertrauensmann.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen. (C. S. 88.)

Mitglieder-Versammlungen
finden statt für
Bezirk A: am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Nowak,
Manteuffelstraße 9;
C: am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Grube,
Mariendorferstraße 5;
D: am Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, bei Vernau,
Rosenthalerstraße 57.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Kassen-
bericht für das 3. Quartal. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Ver-
chiedenes. 952b
Die Ortsverwaltung.

Steinsetzer und Berufsgenossen.
Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsaal,
Seuthstraße 21, 1 Tr.:

Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Beschluß der hiesigen Baudeputation betr. Asphaltierung
sämtlicher mit definitivem Pflaster zu versehenen Straßen und wie stellen
sich die Arbeiter des Steinsetzgewerbes zu demselben? 2. Diskussion. 3. Bericht
des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. 950b
Zur Deckung der Unkosten Zeller-Versammlung.
Der Einberufer.

Metallarbeiter!
Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in Cohn's Festsaal, Seuthstr. 20 (großer Saal):

Öffentl. Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Der gegenwärtige Stand des Streiks in der Telephon-Fabrik
von Welles, Engel-Ufer 1a.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und rechtzeitig zu erscheinen, da
das Lokal um 12 1/2 Uhr geräumt werden muß.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
116/3
Otto Räther, N., Anklamerstr. 44.

Verband der Möbelpolierer.
Nächsten Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Hannenstr. 86:

Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Mißstände in der Nähmaschinenbranche,
speziell vom S.-O. Referent: Kollege Karpe. 2. Diskussion. 3. Bericht
über die Lohn-differenz von Zerabeck. 4. Verschiedenes. 145/20
Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, findet unter Regie des
Herrn Lütz im National-Theater eine Volksvorstellung statt. Zur Auf-
führung gelangt: „Ein Volksfeind.“ Eintrittskarten à 60 Pf. sind in allen
Zahlstellen sowie bei den Bevollmächtigten zu haben.
Der Vorstand.

Achtung! **Rixdorf.** **Achtung!**
Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des
Herrn Zimmer, Berlinerstraße 186:

Große öffentliche Versammlung
der Bau-Arbeiter und gewerblichen Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Meyer über: „Unfallverhütungs-Vorschriften
und wie werden dieselben von Unternehmern befolgt.“
Es ist Pflicht eines jeden auf Bauten beschäftigten Arbeiters, zu
erscheinen. 948b
Der Einberufer.

Nach der Versammlung findet ein **geselliges Beisammensein** der
Freien Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Rixdorfs statt.
Hierzu ladet ein
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Tischler u. s. w.

Eing. Gilschstraße Nr. 3 zu Hamburg
Filiale Berlin O.
Mitglieder-Versammlung.
Sonntag, 27. Oktober, vorm. 10 Uhr,
bei Paulisch (früher Raumann),
Kulmb. Str. 86.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1895.
2. Andere wichtige Kassenangelegen-
heiten. 182/4
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes
pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**
Charlottenburg!
Generalversammlung
d. Zentral-Krankenkasse
der Maurer etc.
„Grundstein zur Einigkeit“
am Sonntag, den 27. Oktober, vormit-
tags 10 Uhr, Wilmerdorferstr. 89.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal.
2. Jüngere Kassenangelegenheiten. 3. Ver-
chiedenes. 149/6
Um zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder bittet
Der Vorstand.
J. A.: W. Schulze, Goethestr. 49.

Gattler!

Die Mitglieder-Versammlung am
26. d. Mts. fällt des Stiftungsfestes
wegen aus.
157/8
Der Vorstand.

Anst. Schlaff. zu verm. Reichen-
bergerstraße 11, Portal II, 3 Tr. I.

Freundl. möbl. Schlafstube Reichen-
bergerstraße 63a. Bw. Schröder. 949b

1 Chambro garnis sep. p. 1 ou 2
Mssrs. (Dames) Mk. 16 (20) incl. d. l.
chauffage. Rue Manteuffel 79, I
chez Körbitz. 928b

Genosse kann mit einwohnen
Admiralstr. 34, S. III.

Möbliertes Zimmer, eventuell zwei,
suchen drei Brüder im Südosten oder
Südwesten zum November. Offerten mit
Preis N. 48 Postamt 26. 948b

Freil. Schlafst. Polymarktstr. 73, 4 Tr. I.

Möbl. Schlafst., sep., für 1 auch 2
Herrn o. Damen, billig! inkl. Heizung.
Manteuffelstr. 79, 1 Tr., bei Körbitz.

Hüte
steife u. weiche Filzhüte v. Mk. 2,-
an; in hochleganter Ausführung
Mk. 2,50. H. Böhm, jeh:
Weissenburgerstr. 73, part.

Arbeitsmarkt.

Achtung!
Parquetbodenleger!

Die Kollegen der Firma Rosen-
feld & Cie. haben wegen Lohn-
differenzen die Arbeit niedergelegt.
Die Werkstatt-Kontrollkommission
d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Achtung, Klavierarbeiter!
Die Kollegen der Piano-fabrik
Linte, Godenschwäger & Co.,
Elisabeth-Ufer 11, haben wegen
Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt.
Werkstatt-Kontrollkommission.

Ein tüchtiger Rahmenmacher wird
verlangt in der Goldbleichen- u. Rahmen-
fabrik Dresdenerstr. 38. 9145*

Wef. a. Joppen vecl. Better, Lands-
bergerstraße 102. 935b

Schirm-Näherinnen
sind dauernde u. lohnende Beschäftigung
Leo Wolff, Inh. D. Bergmann,
Niederwallstr. 35/36.

Stepperinnen
auf schwarze Schürzen verlangt
Bismarckstr. 89, 2 Tr.

Tüchtige Arbeiter auf Bodenjoppen
verlangt bei hohem Lohn
Gebr. Hintels, Kaiser Wilhelmstr. 17.

Für die Orts-Krankenkasse
der Mechaniker wird eventuell
zum sofortigen Eintritt ein lautions-
fähiger Beitrags-Kassierer mit guter
Handschrift gesucht. Nur selbst-
geschriebene Offerten mit näheren
Angaben sind im Kassenlokal Kloster-
straße 65-67 einzureichen. 947b

Wef. tücht. Korbmacher auf Vor-
möbel bei gut. Verdienst sofort verlangt.
Steiniche, Dresdenerstr. 40. 957b

Möbelpolierer.
In der Werkstatt von Zerabeck,
Griebenowstr. 3, haben die Kollegen
aufgehört wegen Lohn-differenzen. Bitte
dieses zu beachten. 145/19
Der Vorstand.

Öffentliche
Versammlung der Möbelpolierer

am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale
Schönhauser Allee Nr. 28.
Tagesordnung: 1. Die Lohn-differenzen beim Tischlermeister Zerabeck,
Griebenowstr. 3. 2. Verschiedenes.
Die Kollegen vom Norden speziell die Tischler obiger Werkstatt sind hiermit
eingeladen. 146/1
Der Vertrauensmann.

Belle-Alliance-Theater
Belle-Alliance-Strasse No. 7/8.

Sonntag, den 27. Oktober 1895, nachmittags 3 Uhr:
Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk:
Zum dritten Male:

Ein Volksfeind.

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen.
Mitwirkende: Dr. Stodmann: Julius Türk. Bürgermeister: Wilhelm
Ruff. Hausfrau: Rudolf Hoch. Johanna: Clara Margot.
Beginn der Verloofung 2 Uhr.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben:
Norden: Ernst Beyer, Zigarren-Handlung, Veteranenstraße 13;
H. Mehnert, Zigarren-Handlung, Diederhofenerstraße 8; M. Winkelmann,
Zigarren-Handlung, Adlerstr. 153; Emil Diecke, Restaurateur, Goethe-
straße 67; A. Hinz, Zigarren-Handlung, Panfstr. 13; Hermann Vogel, Zigarren-
Handlung, Demminstr. 62. Nordosten: Franz Niemeyer, Zigarren-Hand-
lung, Weberstr. 19; H. Mamlock (fr. Gumpel), Zigarren-Handlung, Barnimstr. 42.
Osten: P. Wilke, Restaurateur, Andreasstr. 26; Max Kothe, Zigarren-Handlung,
Koppenstr. 90; E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74; Adolph Hoffmann,
Buchhandlung, Blumenstraße 14. Südosten: E. Arndt, Zigarren-Handlung,
Staligerstr. 107; C. Böhlert, Zigarren-Handlung, Mariannenstr. 5; L. Tolksdorf,
Gastwirt, Sorauerstr. 17, Ecke Görlingerstraße; M. Voss, Zigarren-Handlung,
Königsstr. 39a; C. Hoch, Zigarren-Handlung, Pädlerstr. 58; Karl Scholz,
Wangelstraße 32. Süden: J. Gädicke, Zigarren-Handlung, Gräfestraße 93;
G. Schulz, Zigarren-Handlung, Admiralstraße 40a; W. Börner, Zigarren-
Handlung, Ritterstraße 15; H. Baake, Buchhandlung, City-Passage, Dresdener-
straße 52/53; H. Bergner, Restaurateur, Annenstr. 16. Südwesten: A. Ochs,
Zigarren-Handlung, Lindenstr. 59; J. Windthorst, Zigarren-Handlung, Junker-
straße 1; A. Laage, Restaurateur, Fährbringerstr. 29; Albert Böttger, Zigarren-
Handlung, Joffenerstr. 21; Freygang, Restaurant, Schützenstraße 18/19; Fritz
Zubell, Lindenstr. 106; P. Abromeit, Restaurant und Gärtner, Wälderstr. 14;
H. Schröder, Zigarren-Handlung, Kreuzbergstraße 15. Westen: A. Fallert,
Restaurateur, Poststr. 16; C. Behrend, Restaurateur, Blumenthalstraße 5.

Nordwesten (W o a b i t): W. Reddeman, Seifengeschäft, Prigwallstr. 3.
Centrum: Albert Löwenberg, Zigarren-Handlung, Neue Schönhauserstr. 18;
P. Horsch, Zigarren-Handlung, Gipsstr. 5; Bruno Schoithauer, Musikalien-
Handlung, Rosenthalerstr. 64. 229/5

„Konzerthaus Sanssouci“
Pottbusserstraße 4a.

Sonntag, den 27. Oktober 1895:
Große

Wohlthätigkeits-Matinée
der allbeliebten

Stettiner Sänger
(Menzel, Pietro, Britton, Steidl, Brons, Böhl und Schrader.)
Veranstaltet vom

Verband der im Vergolder- u. verw. Gewerbe beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale
Berlin).

Beginn 10 Uhr. Anfang 12 Uhr.
Billets an der Kasse 50 Pf.; im Vorverkauf 30 Pf. bei Emil Schmidt,
Forsterstr. 87; Emil Krüger (Hildebrandt), Auguststr. 85, sowie in allen mit
Plakaten belegten Handlungen. 225/10
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher
in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64

in vorzüglichster Beschaffenheit trotz andauernder
Leder-Steigerung noch zu den billigen alten Preisen
verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe
zu unterstützen. 8133L
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co

Arbeiter Parteigenossen,
nur Hüte mit Kontrollmarke.

Herrn Hüte 2,-, 2,50, 3,- u. s. w. ff. Haarhüte
von 5,- an. Cylinderhüte von 4,- bis 12,-. Rasen-
hüte von 1,- an. Betrug ausgeschlossen, da ich nach-
weislich nur Hüte mit Marke führe.

Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2,
Ecke Hauptstraße.
Größtes Lager in Damen- u. Herrenschirmen.

Zum rothen Cylinderhut!

Hüte mit **W. Zapel,**
Arbeiter-Kontroll-
marke. **Skalitzerstr. 131**
neben
Frister & Rossmann.
Gr. Auswahl in Schirmen. Gr. Auswahl in Polzsachen

!!! Schmücke Dein Haupt!!!

Jeder Hut 2,50 M.
Hugo Feder

1. Geschäft: 5. Brücken-Strasse Nr. 5.
2. Geschäft: 16. Spandauer Brücke Nr. 16.

Wäsche * Schirme * Stöcke * Cravatten.
Ohne Konkurrenz in Berlin. - für nur gute Waare bürgt mein
Kenntnis. Hüte mit Kontrollmarken.

„Kaiserhof“, Cöpenick, Grünstrasse 35.
Endeuntergezeichnet empfiehlt seine Säle Vereinen und Gesellschaften
eder Größe. Gute Küche, billige Preise. 83802* F. Golecki.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kruert, Schöneberg-Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Wabing in Berlin.